:antifaschistische nachrichten Nr. 19/20

g 3336 20.9.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de



15000 Menschen demonstrierten am 15.9. in Berlin unter dem Motto „Bundeswehr raus aus Afghanistan", Bericht Seite 5

Spaltung der extremen Rechten in München

MÜNCHEN. Mindestens zwei Gruppierungen der extremen Rechten wollen bei der Kommunalwahl 2008 den Sprung in das Münchner Rathaus schaffen. Neben der im Januar 2006 gegründeten „Bürgerbewegung Pro München – patriotisch und sozial" plant nun auch eine „Bürgerinitiative Ausländerstop München (BIA)" eine Kandidatur für den Münchner Stadtrat. Ein entsprechender Internetauftritt „Ausländerstopp München" ist in Vorbereitung. Domain-Inhaber ist der NPD-Funktionär und bayerische JN-Landesvorsitzende Norman Bordin. Das Vorhaben wird vom NPD-Bundesvorstand und dem bayerischen NPD-Landesvorstand unterstützt. Der bayerische Landesvorsitzende der NPD, Ralf Ollert, sitzt als Vertreter der örtlichen „Bürgerinitiative Ausländerstop" bereits seit 2003 im Nürnberger Stadtrat.

Dieser weitere Wahlvorschlag dürfte für einige Irritationen in der rechten Szene Münchens sorgen. Ursprünglich war unter Beteiligung zahlreicher bekannter Münchner Neonazi-AktivistInnen nämlich „Pro München" als Sammlungsbewegung für die Wahlen gegründet worden. Auch NPD-Vertreter waren und sind bei „Pro München" aktiv. Der NPD-Vize-Landesvorsitzende Roland Wuttke war Protokollant der Gründungsversammlung, an der auch Norman Bordin teilnahm. Erst vor kurzem bezeichnete Rüdiger Schrembs die „Bürgerbewegung" als „Bündelung aller patriotischen Kräfte". Schrembs ist einer der Sprecher von „Pro München" und gleichzeitig Mitglied des NPD-Landesvorstands. Treibende Kraft bei „Pro München" sind daneben Funktionäre der extrem rechten Splitterpartei „Deutsche Partei" (DP), wie Stefan Werner (2005 noch Bundestagskandidat der NPD) und Wolf Peter Bombolowsky.

Aus NPD-Kreisen wird „Pro München" vorgeworfen, die erfolgreiche Entwicklung der NPD zu blockieren und „ihr eigenes Süppchen" zu kochen. Schlussendlich wandten sich führende rechte Aktivisten wie Roland Wuttke und Carsten Beck von „Pro München" ab. Dass es sich bei der „Bürgerinitiative Ausländerstop München" um ein durchaus ernstzunehmendes Projekt handelt, lässt sich aus der Präsentation ihres Spitzenkandidaten schließen. Der Münchner Publizist Karl Richter, momentan als Chef des parlamentarischen Beraterstabs der sächsischen NPD-Landtagsfraktion tätig, soll den Wahlkampf führen.

Der in München und Dresden lebende 45-jährige Karl Richter war Mitbegründer der neonazistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat" und Chefredakteur der neonazistischen Theoriezeitschrift „Nation und Europa" (Coburg). Dort plädierte er 2004 beispielsweise für eine zeitgemäße „Rassenkunde" und nannte Freiheit und Demokratie „Pseudowerte". (Dass Richter aus der Burschenschaft Danubia kommt, wie A.I.D.A. schreibt, wurde von dieser inzwischen per Gegendarstellung in der „Jungen Welt" vom 14.9. bestritten, d. Red.)

Inhaltlich unterscheiden sich die beiden neonazistischen Münchner Wahlprojekte bislang kaum. Beide haben als programmatischen Schwerpunkt die Hetze gegen MigrantInnen und Muslime, beide versuchen, Einfluss auf die Bürgerinitiativen gegen den Moscheebau in Sendling zu gewinnen. In der aktuellen Ausgabe der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" wird die jüngste Entwicklung als Erfolg verkauft: „(...) dort scheint es jetzt erstmals gelungen, die „rechte Szene" an einen Tisch zu bringen und auf einen gemeinsamen Wahlantritt zu vergattern" heißt es zur Gründung der „BIA". Tatsächlich aber dürfte es sich um eine Spaltung der extremen Rechten in München handeln, ein knappes halbes Jahr vor den bayerischen Kommunalwahlen. Das so genannte „Münchener Bekenntnis", im Januar 2005 auf dem „7. politischen Neujahrstreffen" rechter Gruppierungen in München-Pasing pathetisch verkündet, scheint das Papier nicht mehr wert zu sein, auf dem es verfasst wurde. Darin war unter anderem davon die Rede, dass „der Weg zum politischen Erfolg nur gemeinsam möglich ist", Wahlbündnisse Normalität werden sollten und dass der „Bruderkampf der deutschen Patrioten" eingestellt sei. Wenn nun auch noch, wie bereits angekündigt, die Republikaner zur Wahl antreten, dürfte es rechts von der CSU ein ganz schönes Gedränge geben.

Die Münchnerinnen und Münchner sollten sich aber nicht zu früh freuen. Zwar steigen die Chancen, dass bei entsprechender Aufklärungsarbeit nun keine der extrem rechten Organisationen die zum Wahlantritt notwendigen 1000 Unterschriften zusammenbringt. Doch vor allem die NPD-Liste „Bürgerinitiative Ausländerstopp München" dürfte sowohl finanziell als auch personell in der Lage sein, eine äußerst aggressive und rassistische Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Dem gilt es aktiv etwas entgegenzusetzen.

Antifaschistische Informations-, Dokumentations- & Archivstelle, www.aida-archiv.de ■

Bedingt durch den Umzug des GNN-Verlages am 1. Oktober erscheinen die AN diesmal als Doppelnummer. Die Ausgabe Nr. 21 erscheint dann am 18. Oktober.

„Pro NRW“ jetzt auch im Oberbergischen

OBERBERGISCHER KREIS. Angeblich „über 40 Personen“ hätten an einem ersten Treffen der „Bürgerbewegung pro NRW“ in Marienheide teilgenommen, so die Webseite der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“. Gleich drei Ansprechpartner von „Pro NRW“ gibt es nun dort: Den „selbstständigen Abfalltechniker“ Klaus Oehme aus Marienheide, Leser der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“, den 53jährigen Udo Schäfer und Armin Weyrich aus Radevormwald. Letzterer sei mal Vorsitzender der „Jungsozialisten“ in dem Ort gewesen, heißt es. Dies mag lange her sein. Noch 1998 hatte Weyrich auf der Landesliste der DVU-NRW für die Frey-Partei zum Bundestag kandidiert. Beschlossen wurde auf dem Treffen ein Aktionsprogramm für den Aufbau handlungsfähiger Strukturen vor Ort. Vor allem Marienheide, Radevormwald und Gummersbach sollen einen Schwerpunkt zukünftiger Aktivitäten bilden. Man wolle „der politischen Klasse im Oberbergischen Kreis mit nonkonformen Kampagnen ordentlich Dampf machen‘, versprach der ehemalige DVU-Bundestagskandidat Weyrich. Bei der Kommunalwahl 2009 will man für den Kreistag und in Gummersbach, Radevormwald und Marienheide für den Stadtrat kandidieren. Beworben wurde das „Pro NRW“-Treffen u.a. im örtlichen „Anzeigen-Echo“. *abk* ■

Samstags bleibt das Sofa leer!

DÜREN. Unter dem Motto „22. September – Kein Platz für Neo-Nazis in Düren“ haben demokratische Initiativen und Parteien angekündigt, in Düren „wichtige Plätze“ zu besetzen. Hintergrund dafür ist ein Aufmarsch der NPD mit Unterstützung von Neonazis der so genannten „freien Kräfte“ und „Autonomen Nationalisten“. Zu den „Besetzern“ zählen Gruppen und Einzelmitglieder des Dürener Bündnisses gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt (BgR). Demnach werden Kundgebungen abgehalten am Kaiserplatz nahe dem Rathaus (Schulen), am Annaplatz (Kirche, Pax Christi und Amnesty International), am Wirteltorplatz (Bündnisgrüne und Grüne Jugend), am Hauptausgang des Bahnhofes (Antifa), in der Kuhgasse (CDU) und in der Kölnstraße (Gewerkschaften und SPD). Die Antifa wird nach ihrer Auftaktkundgebung einen Demonstrationszug abhalten, ruft aber zugleich dazu auf, sich den Neonazis nach Möglichkeit direkt in den Weg zu stellen. In ihrem Auf-



ruf heißt es: „Die Naziszene in der Region Düren ist seit etwa einem Jahr eine der aktivsten extrem rechten Zusammenhänge in NRW. Zahlreiche NPD-Infostände in verschiedenen Städten und Gemeinden fanden in der Region statt. Tatsächliche und vermeintliche politische GegnerInnen der Neonazis werden bedroht und bedrängt. Die Kneipe „Gütershop” am Rande der Dürener Innenstadt hat sich zu einem festen Treffpunkt (nicht nur) der regionalen Neonazi-Szene entwickelt. In der Gaststätte finden so genannte „Stammtische”, „Liederabende” und andere Veranstaltungen der NPD statt. Zu diesen versammelten sich teilweise über 100 Neonazis, die nicht nur aus der Region Aachen / Düren stammten, sondern teils aus ganz NRW und sogar dem benachbarten Ausland nach Düren anreisten. Erklärtes Ziel der NPD ist es, bei der Kommunalwahl 2009 auch im Kreis Düren in die kommunalen Parlamente einzuziehen. In der Region Aachen sitzen Neofaschisten bereits in den Stadträten von Stolberg, Alsdorf, Erkelenz und den Kreistagen von Aachen und Heinsberg.

Ein Ignorieren des Aufmarsches oder kilometerweit entfernte Gegenveranstaltungen werden der Wirkung des NPD-Aufmarsches allein nichts entgegensetzen. In diesem Sinne rufen wir dazu auf, das Sofa leer zu lassen und stattdessen auf nazifreien Straßen spazieren zu gehen.“

aus dem Aufruf der Antifa Düren ■

NPD plant Bundesparteitag in Coswig bei Dresden

DRESDEN. Wie der Sächsischen Zeitung Regionalausgabe Dresdner Land zu entnehmen war, plant die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ihren diesjährigen Bundesparteitag im Herbst, am 27./28. Oktober 2007 im sächsischen Coswig durchzuführen. Als Veranstaltungsort soll die Börse Coswig genutzt werden. Erfahrungsgemäß nehmen etwa 150-200 Delegierte und ähnlich viele Gäste an den jährlich stattfindenden Bundesparteitagen der NPD teil.

Es ist begrüßenswert, dass das Ansinnen der NPD bei den Betreibern der Börse Coswig auf Ablehnung stößt. Den eingeschlagenen Weg, im Stillen zu hoffen, dass „sich das Problem von allein löst“, wie es die Sächsische Zeitung formuliert, oder der NPD einzig auf verwaltungsrechtlichem Weg die Räume zu verweigern, hält das Antifa Recherche Team für falsch. Die NPD wird dagegen juristisch vorgehen und dies aller Erfahrung nach erfolgreich. Zuletzt erstritt sie sich im März diesen Jahres die Nutzung des Beruflichen Schulungszentrums in Pirna für ihren Landesparteitag.

Wie bei der Börse Coswig handelte es sich um öffentliche Räume, in denen in der Vergangenheit Veranstaltungen anderer Parteien stattfanden.

Der letzte Bundesparteitag fand im Herbst 2006 in Berlin, begleitet von wenigen Gegenprotesten, statt. Das Antifa Recherche Team (ART) Dresden kündigt daher an, dass davon ausgegangen werden kann, dass sich in Coswig antifaschistischer Protest gegen das Neonazi-Treffen deutlich stärker artikulieren wird. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass es typisch für die NPD ist, für derlei Großveranstaltungen mehrere Lokalitäten anzumieten, um für eventuelle juristische Streitigkeiten mit den Vermietern zusätzlich gewappnet zu sein. Gerade Bundesländer, in denen sich die NPD in Wahlkämpfen befindet oder auf diese vorbereitet, sind dafür prädestiniert. Das ART Dresden ruft dazu auf, Proteste gegen den Bundesparteitag der NPD zu organisieren oder daran teilzunehmen – in Coswig und jeder anderen Stadt.

ART Dresden ■

Birger Lüssow eröffnet Wahlkreisbüro in Rostock

ROSTOCK. Der Rostocker NPD-Landtagsabgeordnete Birger Lüssow eröffnete am vergangenen Freitag in Rostock ein Wahlkreisbüro in der Doberaner Str. 48 d. Sein Wahlkreisbüro ist somit offenbar im selben Gebäude untergebracht wie der rechte Szeneladen East Coast Corner (ECC). Er habe sein Büro ganz gezielt in den alternativen Rostocker Stadtteil KTV gelegt, erklärte Lüssow auf der Homepage der NPD-Landtagsfraktion. Er wolle somit seine Solidarität mit den Betreibern des ECC bekunden. Dass die Eröffnung des Büros gerade an jenem Standpunkt eine Provokation ist, verschweigt er sicherlich ganz bewusst. Der rechte Szeneladen war schon mehrfach Auslöser für Demonstrationen sowohl des linken als auch des rechten Lagers.
Mit Lüssow haben jetzt insgesamt fünf von sechs NPD-Abgeordnete ein Wahlkreisbüro eröffnet: Pastörs und Köster in Lübtheen, Müller in Ueckermünde, Andrejewski in Salchow und Lüssow in Rostock. *www.endstation-gegen-rechts.de* ■

„Streicht Faschisten von den Listen, verbietet ihre Partei!“

Hannover. Dies war eine der Parolen, die u. a. im Demonstrationszug am Samstag, 15.09. gerufen wurde. 8000 Leute, vor allem viele Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschafter, Mitglieder von Parteien und geradezu auffallend viele junge Leute haben den Protestaufruf des Bündnisses „Bunt statt braun“, gegen den Wahlkampfauftakt der NPD zur Landtagswahl 2008 in Hannover, durch ihre Teilnahme unterstützt.

In den Kundgebungsbeiträgen auf dem Opernplatz in der Innenstadt bedauerte der Oberbürgermeister Weil (SPD) die Tatsache, dass städtische Räume an die nicht verbotene Partei NPD vermietet werden mussten und forderte „diese Partei muss verboten werden, sie hat hier nichts zu suchen“. Die Landesbischöfin der evangelischen Kirche Käßmann bezeichnete die Gewalt und Überfälle der letzten Tage als Beispiel für rechtes Gedankengut und drückte ihr Unverständnis aus, „dass so eine Partei nicht verboten wird“. In einem Atemzug mahnte sie das Antifaschistische Bündnis „Wenn ihr Gewalt ausübt, setzt ihr die Demonstration, Freiheit und Demokratie ins Unrecht, die Polizei schützt unsere Freiheit, bei Gewalt liefert ihr Zündstoff“. Der CDU-Vertreter kritisierte insbesondere die Gruppierungen um die NPD herum und forderte „die Freiheit“ hochzuhalten.

Der Vertreter des DGB kritisierte auf die Frage von Journalisten, warum die Veranstaltung nicht ignoriert werde, dies als Fehler der letzten 20 Jahre.

Darauf folgte die Demonstration zum Kongresszentrum, außerhalb der Stadtmitte, dem Tagungsort der NPD. Das Bündnis von Antifagruppen, Die LINKE, Jugendgruppen hatte dazu aufgerufen „Lasst uns zusammen den Wahlkampfauftakt der NPD lahm legen! Damit der antifaschistische Protest nicht zum inhaltsleeren Antiextremismus verkommt ...“ Alle Versuche, sich dem Veranstaltungsort auch nur zu nähern, wurden von der Polizei abgewehrt. Das Anliegen, die Wahlkampfveranstaltung lahm zu legen, musste bei diesem schützendem Polizeiaufgebot scheitern.

Auch hier gab es Redebeiträge. Der Landesvorsitzende der IG Metall zog Parallelen zu Weimar und dem Auftreten der NPD heute, forderte „Nazis raus aus unserer Stadt“ und sprach sich eindeutig für ein Verbot aus.

In einem verlesenen Beitrag der Vorsitzenden des Zentralrats der Juden forderte diese, „die NPD gehört endlich verboten“ und „die Weimarer Republik ist an zu wenig Demokraten gescheitert, dieses sollte sich nicht wiederholen“.

In keinem dieser Beiträge, besonders vermisst bei dem Gewerkschaftsvertreter, wurde auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse eingegangen. Dieses tat dann die Vertreterin von Kargah (Verein für interkulturelle Arbeit). „Wir sind ein Teil dieser Gesellschaft, wir müssen uns wiederfinden“ und stellte fest, dass die gesellschaftlichen und politischen Umstände für Rassismus verantwortlich sind. Erfreulich war, dass trotz Abgrenzungsversuchen das Antifabündnis einen Beitrag halten konnte. Die Sprecherin des Bündnisses griff die Arbeitsbedingungen und die Hartzgesetze als Nährboden für gesellschaftliche Polarisierung an und verwahrte sich dagegen, dass fortschrittlicher Widerstand mit Hetze gegen NPD durch den Extremismusvorwurf gleichgesetzt wird. Die Vertreterin der VVN wies u. a. auf die Aktion der Unterschriftensammlung„Nonpd“ hin.





Das Ende der Kundgebung und der Beginn der NPD-Veranstaltung fielen auf die ungefähr gleiche Uhrzeit, ein etwas längeres Verbleiben mit dem Krach wäre wünschenswert gewesen. Nach der Beendigung der Kundgebung gab es die Möglichkeit zum „Fest für Demokratie“, zu dem die Stadt aufgerufen hatte, zu gehen.

Die NPD hatte angekündigt: „Wahlkampfauftakt in Hannover – Signal für Deutschland. .... Unter der Überschrift „Auftakt nach Maß“ bewertet die NPD ihre Veranstaltung so:

„In Hannover trafen sich über 800 Menschen ... .Trotz Pressehetze und weiträumiger Absperrungen durch Gegendemonstranten fanden auch viele Hannoveraner in die Eilenriedehalle. Die Besucher durften dort einen Wahlkampfauftakt nach Maß erleben. Der Spitzenkandidat Andreas Molau kritisierte insbesondere Charlotte Knobloch, die wieder einmal zum Verbot der Partei aufgerufen hatte. ‚Ihre Religionsgemeinschaft, Frau Knobloch, ist hierzulande ohnehin über privilegiert. Ich versichere Ihnen: Wenn die NPD in Deutschland die Richtlinien der Politik bestimmt, dann können Sie diese Sonderbehandlung vergessen. Dann gibt es kein Geld mehr‘“. Neben Molau traten u. a. Voigt, Pastörs, Worch auf.

Der DGB-Regionsvorsitzende Wertmüller bewertet die Veranstaltung als „Riesenerfolg für die Demokraten und die Hannoversche Zivilgesellschaft“ ... Es sei erfolgreich gelungen, ein breites und buntes gesellschaftliches Bündnis gegen den braunen Sumpf auf die Beine zu stellen. Auftaktkundgebung, Demonstration und Abschlusskundgebung seien friedlich verlaufen, allen Unkenrufen und Warnungen zum Trotz. Dennoch bleibe ein bitterer Nachgeschmack: „Dass es uns nicht gelungen ist, diese Nazi-Veranstaltung in Hannover zu verhindern ...“

Der DGB-Vorsitzende hatte im Vorfeld der Aktion geschrieben „ich wünsche mir eine breite gesellschaftliche Beteiligung – jenseits von Grabenkämpfen mit einem gemeinsamen Ziel: Einstehen und Gesicht zeigen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“ Dies ist trotz bitterem Nachgeschmack gelungen. Vor allem mit Unterstützung der Jugend. *bee* ■

Demo und Straßenfest gegen Naziladen

ROSTOCK. Unter dem Motto „Stadt der Kulturen“ ruft das Rostocker Bündnis „Schöner leben ohne Nazi-Läden“ für den 22. September 2007 alle Bürgerinnen und Bürger zu einer Demo gegen Rechtsextremismus und den Nazi-Laden ECC auf! Sammelpunkt für die Demo ist am Samstag, 22. September 2007, um 15.30 Uhr im Friedhofsweg (REWE). Über die Wismarsche Straße - Saarplatz - Ulmenstraße - Maßmannstraße - Lübecker Straße - Doberaner Straße - Lohmühlenweg - Patriotischer Weg - Kabutzenhof geht die bunte Wagenparade zum Matrosen-DenkMal im Rostocker Stadthafen. Dort beginnt bereits um 16.30 Uhr ein Straßenfest unter dem Motto „Stadt der Kulturen“. Mit internationaler Küche, Kinderkino, Kabarett, abwechselungsreichem Bühnenprogramm, ganz viel guter Musik und Tanzen gegen Rassismus wollen das Bündnis „Schöner leben ohne Naziläden“ und viele Rostocker Bürgerinnen und Bürger ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt setzen. Das Bündnis setzt sich konsequent für die Schließung des Naziladens „ECC“ in der Doberaner Straße ein. Alle stehen in der Verantwortung zu handeln, um das Rostocker Stadtbild nicht von Rechtsextremisten prägen zu lassen.

Rostocker Bündnis gegen Nazi-Läden ■

Jörg Krebs flog aus dem Römer

FRANKFURT. Der NPD-Stadtverordnete Jörg Krebs ist am 6. September aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ausgeschlossen worden. Krebs hatte zuvor zum Bau einer Moschee in Hausen erklärt: „Erst bauen sie Moscheen, dann fliegen uns Bomben um die Ohren.“ Damit hatte er versucht, die Moslems insgesamt für den islamistischen Terror verantwortlich zu machen. „Der Rauswurf des NPD Abgeordneten aus der gestrigen Parlamentssitzung war längst überfällig und konsequent,“ so der DGB Frankfurt. Neonazis gehörten weder ins Parlament noch auf unsere Straßen. Die Frankfurter Stadtgesellschaft dürfe und werde nicht zulassen, dass fremdenfeindliches Gedankengut, gegen wen auch immer, verbreitet wird. „Wir dulden weder die Angriffe eines Neonazis Krebs auf unsere muslimischen Mitbürger, noch lassen wir uns von seiner Androhung einer weiteren NPD-Demonstration beeindrucken, die er bereits letzte Woche im Ausschuss für Sicherheit und Recht angekündigt hat. Die Bürgerinnen und Bürger sind gefordert, der NPD bei Wahlen ihre Stimme zu versagen, die Politik ist zu bestärken ein Verbot durchzusetzen.“

nach Frankfurter Info 19-2007 ■

Showdown in Jena

Polizei setzt größte Naziversammlung seit 1992 gegen massiven Widerstand durch

Thüringen ist seit langem ein bedeutender Standort rechtsextremistischer Ideologieproduktion, ein Musterland der Zusammenarbeit von NPD und Kameradschaften und kulturell ein Nazizentrum mit zwei Rechtsrockkonzerten pro Monat. Überfälle stehen auf der Tagesordnung.

Im Laufe des letzten Jahres hat sich das Land zudem zu einem überregional bedeutenden Aufmarschplatz entwickelt. 2006 und 2007 fanden jeweils im August die wichtigsten Rudolf-Heß-Märsche der Szene in Jena statt. Am 1. Mai 2007 beteiligten sich in Erfurt 1300 Personen an der größten Naziversammlung in Thüringen seit 1992.

Dieser Rekord wurde auf dem „2. Fest der Völker“ am Samstag erneut gebrochen; die 1500 Teilnehmer reisten zum Teil sogar aus dem Ausland an. Das „Fest“ war ein großer Schritt zum Aufbau einer Europäischen Nationalen Front und brachte der hiesigen NPD Eintrittsgelder in Höhe von 15.000 Euro ein. Die Weichen sind gestellt: Das „Fest“ wird in den nächsten Jahren ein Pflichttermin der Naziszene werden.



3000 Menschen auf Blockaden

Andererseits ist der Widerstand so stark wie nie zuvor.

3000 Menschen haben am Samstag sich bewusst für eine illegale Protestform, für zivilen Ungehorsam entschieden. Um 11.40 Uhr waren alle Zugänge zum Seidelplatz von Antifaschisten besetzt. Dagegen war der Kundgebungsplatz des Runden Tisches für Demokratie in der Oberaue fast leer.

Es war mit Abstand die bedeutendste antifaschistische Aktion seit Jahren. Niemand kann mehr die Legitimität von Blockaden bestreiten oder sie als Aktionsform einer kleiner radikalen Minderheit diffamieren.

Am 18. August war die Polizei brutal gegen Antifaschisten vorgegangen (viele Verletzte, 40 Festnahmen), während andererseits offenkundige Auflagenverstöße auf der Heß-Demonstration von der Stadtverwaltung ausdrücklich geduldet wurden. CDU-Landesregierung, Justiz, Stadtverwaltung und Polizei haben erheblich an Vertrauen verloren. Die Blockaden am Samstag waren zugleich ein Protest gegen die Repression und die Begünstigung der Nazis durch den Staat.

Weitere Eskalation der Polizeigewalt

Polizeisprecher und Presse lügen, wenn sie von einem Deeskalationskonzept am Samstag sprechen. In Wirklichkeit war geplant und angekündigt gewesen, „aggressive Verstöße gegen das Versammlungsrecht“, also Blockaden, zu unterdrücken. Dazu kam es nur deshalb nicht, weil die Polizei überfordert war durch die Masse und die gute Organisation der Demonstranten. Sie hatte nur die Wahl, willkürlich Leute zusammen zu schlagen oder sich zurückzuziehen. Nachdem sie den „Festauftakt“ um drei Stunden verzögert hatten, unterlagen die Demonstranten dem Staat, der die Naziversammlung um jeden Preis durchsetzen wollte.

CDU gewährt den Nazis Rückendeckung

Auf der Straße wird zukünftig nur wenig mehr gegen die Naziversammlungen erreicht werden können, solange Landesregierung und -CDU weiter die rechte Gefahr verharmlosen und gleichzeitig die Antifaschisten bekämpfen. „Zwei Prozent Wählerpotenzial hat die NPD. Wer etwas anderes behauptet, stärkt die Rechtsextremisten bloß“, sagt Generalsekretär Mike Mohring. Zwei Anfragen zum „Linksextremismus“ hat die Fraktion inzwischen gestellt, während kein einziger Parteivertreter zu den Nazi-Brandanschlägen im ersten Halbjahr auch nur eine Pressemitteilung herausgegeben hat. Heimattümelei und Law-and-Order-Gerede bereiten dem Rechtsextremismus den Boden, aus einem formalen Demokratieverständnis heraus wird den Nazis der Polizeischutz gestellt.

Jugend-, Aktions- & Projektwerkstatt (JAPS), 12. September 2007 ■

Demonstration mit Auftaktcharakter

Berlin. Während sich die etablierten Medien auf den Parteitag der Grünen oder regional auf die Demonstration vor dem Düsseldorfer Landtag in NRW stürzten, waren in Berlin am 15.9. ca. 15.000 Demonstrantinnen und Demonstranten präsent, die deutlich machten, dass die deutsche Friedensbewegung noch lange nicht am Ende ist.

Schon die Auftakt-Kundgebung vor dem roten Rathaus in Berlin war für Demonstranten und Passanten positiv, weil hier wichtige Informationen noch einmal in konzentrierter Form deutlich machten, dass sich Deutschland mit anderen Staaten zusammen gerade in Afghanistan im Krieg befindet. Vor allem die verlesenen Stellungnahmen der NGO's machten die fragwürdige Rolle der Bundeswehr deutlich. Es wurde klar, dass die Informationen, die die offiziellen Medien über Afghanistan bringen, doch eine sehr eingefärbte und einseitige Berichterstattung darstellen.

Immer wieder wird der besondere und humanitäre Auftrag der Bundeswehreinheiten betont, um in der Bevölkerung erst gar keine Zweifel an dem Einsatz in Afghanistan aufkommen zu lassen. Fest steht aber, dass die Mehrheit der befragten Deutschen (ca. 62 %) gegen den Verbleib der ca. 3.000 Bundeswehrsoldaten sind.

Auch die Afghanische Bevölkerung hat inzwischen eine ganz andere Meinung, als zu Beginn des Einsatzes der ISAF. Die Truppen werden hier offen als Besatzung und als gegen die Bevölkerung gerichtet angesehen. Insgesamt sind ca. 50.000 Soldaten im Auftrag dieser merkwürdigen Missionen im Einsatz.

Oskar Lafontaine und Hans Christian Ströbele konnten zwar nicht auf der Kundgebung anwesend sein, aber es wurde klar, dass sie in ihren Zusammenhängen (Ströbele auf dem Sonderparteitag und Oskar Lafontaine nächste Woche im Bundestag) voll im Sinne der Friedensbewegung und der betroffenen deutschen Soldaten in Afghanistan engagiert sein werden. Der Ausgang des Parteitages der Grünen hat dies deutlich gezeigt.

In Kundgebungsreden wurde auch betont, dass viele Probleme im Inland nicht zuletzt mit den fehlenden Milliarden im Bundeshaushalt zusammenhängen, die der Militärhaushalt verschlingt.

Und die von obersten gewählten Bundesrichtern bestätigte Zulässigkeit der grundgesetzwidrigen Militäreinsätze in der Welt machen diese nicht legaler. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob Deutschland einen Platz im Weltsicherheitsrat hat oder nicht.

Nach einer Demonstration durch die Berliner Innenstadt endete diese mit einer Abschlusskundgebung hinter dem Brandenburger Tor auf der Straße des 17. Juni.

Die Friedensbewegung und die mit ihr verbundenen politischen Kräfte machten am Samstag eindeutig klar, dass das Umdenken der Mehrheit der Menschen in Deutschland auch die verantwortlichen Politiker nicht länger kalt lassen kann.

Hans-Peter Keul ■

Gedenken an Albin Köbis und Max Reichpietsch

KÖLN. Am Samstag, den 8.9.2007 versammelten sich Mitglieder verschiedener Organisationen vor dem Tor der Luftwaffenkaserne in Porz-Wahn, um eine Ehrung der vor 90 Jahren hingerichteten Kriegsgegnern Albin Köbis und Max Reichpietsch vorzunehmen. Im Vorfeld dieser Ehrung hatte es seitens der Bundeswehr Versuche gegeben, eine Ehrung an der Gedenkstätte für die beiden Matrosen nicht zu genehmigen, weil sie diese als eine politische Veranstaltung einstufte und den Zutritt der Teilnehmer auf das Kasernengelände – auf dem sich der Friedhof befindet – verweigert hatte (siehe AN 18-07).

Durch Flugblattverteilungen und das Aktivwerden von Politikern (wie z.B. der Kölner Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Mützenich, SPD, der Aktivitäten von linken MdBs wie Paul Schäfer, Ulla Jelpke und Gert Winkelmeier), sowie Stellungnahmen von Gewerkschaftsvorsitzenden der Regionen von Oldenburg/Wilhelmshaven, Manfred Kloepper und Köln-Leverkusen-Erft-Rhein-Berg, Wolfgang Uellenberg-van Dawen wurde eine Situation hergestellt, in der dann doch eine zehnköpfige Delegation zwei Blumengebinde und einen Kranz am Denkmal niederlegen konnten. Gert Winkelmeier hatte sich zusätzlich als Mitglied im Verteidigungsausschuss angemeldet und begleitete die Gruppe. Trotz der Auflage dort keine „politische Rede" zu halten, erklärte ein Vertreter der Kulturvereinigung Leverkusen e.V.: „Wir ehren heute hier die beiden Kriegsgegner," in ihrem Sinne werden wir weiterkämpfen!" Die anschließende Demonstration vom Kasernenhaupttor Flughafenstraße entlang der Bundeswehrkaserne endete am ehemaligen Haupttor auf der Heidestraße. Dort hielt das Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, MdB Gert Winkelmeier (Neuwied) eine Ansprache, in der auch die Bundeswehreinsätze in aller Welt angesprochen und einer kritischen Prüfung unterzogen wurden. Auf Transparenten und Plakaten hatten die Teilnehmer u. a. auch die Forderung: „Bundeswehr raus aus Afghanistan" erhoben und ihr deutliches Nein zu einem Krieg – unter welcher verlogenen Parole er auch geführt wird – bekräftigt.

Im Anschluss an die Demonstration sprach auf einer Veranstaltung der Dipl.-Historiker Günter Judick, der schon vor vierzig Jahren an der Gestaltung der Gedenkfeier für Köbis und Reichpietsch mitwirkte. Die Teilnehmer sprachen sich für eine Initiative aus, die sicherstellen soll, zukünftig einen ungehinderten Zugang zu den Gräbern der beiden hingerichteten Matrosen zu erreichen.

Fotos: http://fotoalbum.web.de/gast/kultur-puderbach/Koebes# *H.-P. Keul* ■

Erzkonservative „Partei Bibeltreuer Christen“ bereitet Zusammenschluss mit gleichgesinnten Parteien vor

von Thomas Klaus

Dr. Walter Weiblen hat Wort gehalten. Als der ehemalige Daimler-Chrysler-Manager 2005 Bundesvorsitzender der erzkonservativen „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC) wurde, kündigte er „professionellere Strukturen“ an. Der Ingenieur und Unternehmensberater will aus der 5.000 Mitglieder zählenden PBC eine Art Speerspitze unter den christlich-fundamentalistischen Organisationen machen. Und auf dem Weg zu diesem Ziel dürfte der PBC-Bundesparteitag am 12. und 13. Oktober im hessischen Kirchheim eine wichtige Etappe sein: Dort wird voraussichtlich die Zusammenführung mit der „Deutschen Zentrums-Partei“ beschlossen. Weitere Parteien aus diesem Spektrum sollen folgen. Für manche Menschen verheißt das allerdings nichts Gutes.

Das gilt zum Beispiel für Homosexuelle, die von der PBC immer wieder gebrandmarkt werden – zum Beispiel in Form von Unterschriftensammlungen und Demonstrationen. Beispielhaft sei ein Zitat aus dem Jahre 2000 gebracht, das vom Ehrenvorsitzenden Gerhard Heinzmann stammt. Er äußerte sich über Lesben und Schwule folgendermaßen: „Immer dreister treten die Anhänger dieses widernatürlichen Lebensstils in der Öffentlichkeit auf. Es scheint, dass sich Dämonen gleich einer Wolke über unser Land ausbreiten und alle Bereiche unserer Gesellschaft durchdringen.“

„Ein deutliches Reden Gottes vernommen“

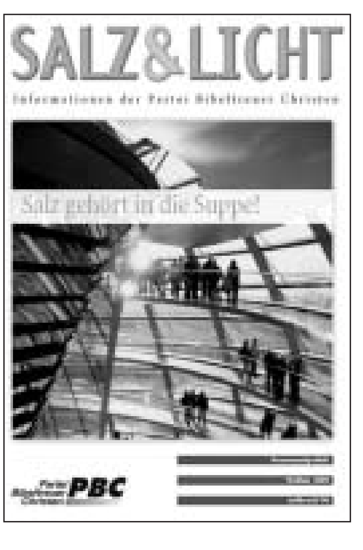
Pastor Heinzmann, ehemaliger Leiter der „Internationalen Zigeunermission“, hat innerhalb der „Partei Bibeltreuer Christen“ einen besonderen Rang. Denn seine Person sei untrennbar mit der PBC-Gründung 1989 verbunden, heißt es. Im Sommer des besagten Jahres habe er „ein deutliches Reden Gottes“ vernommen, wonach eine Partei mit Gottes Wort als Grundlage formiert werden solle. So schilderte Heinzmann wiederholt die Vorgeschichte. In einem Parteitagsbericht des Bundesvorstandes wird behauptet: „Gerhard hielt dies zunächst für sich. Erst Ende September 1989 gab Gott grünes Licht, um darüber öffentlich zu sprechen.“

Wohl nicht zuletzt aufgrund solcher Darstellungen lastet die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) der PBC „eine Form religiösen Größenwahns“ an – ein Wahn, der nicht nur für Homosexuelle ungemütlich werden kann.

Als Schritte gegen die „Innenweltvergiftung der Menschen unseres Landes“ (O-Ton Gerhard Heinzmann) verlangt die PBC in ihrem gültigen Grundsatzprogramm unter anderem, dass die Ehescheidung erschwert und für unverheiratete junge Frauen ein Soziales Jahr eingeführt werden müsse.

Nach Auffassung der Partei sollten die „antigöttlichen Praktiken“ Astrologie, Wahrsagerei und Horoskope in allen Schulen und Bildungseinrichtungen verboten werden. Prostitution müsse scharf überwacht und Pornographie ebenso wie „gotteslästerliches“ Schrifttum illegal sein, so das PBC-Grundsatzprogramm. „Kuppelei“ und Homosexualität mit Jugendlichen sollten wieder strafbar sein. Außerdem müssten Schulgebete eingeführt werden und der schulische Unterricht durch Bibelunterweisungen für sämtliche Schüler gekennzeichnet sein.

In einem von Gerhard Heinzmann und Dr. Walter Weiblen verantworteten Flugblatt zur Bundestagswahl 2005 wird ergänzt: „Bis zum Beweis des Gegenteils wollen wir in Bildungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft biblische Aussagen zu allen Lebensbereichen, insbesondere zum Menschenbild und zur Schöpfung, gleichrangig neben anderen weltanschaulichen Deutungen vermittelt sehen.“ Das bedeutet also, dass die Schöpfungslehre der Bibel eingeklagt wird. Demnach hat Gott allein die Erde geschaffen; die Tier- und Pflanzenarten haben sich seitdem nicht verändert.



Aus PBC-Sicht sind regelmäßige Bibelarbeiten in den Strafanstalten ebenfalls ein Ding der Notwendigkeit, und zwar für alle Insassen. Das sei nämlich „das beste Mittel zur Resozialisierung der Straftäter und ihrer Vorbereitung auf die Entlassung.“

Auch für die „Stärkung eines gesunden Nationalbewusstseins“ legt sich die „Partei Bibeltreuer Christen“ laut Programm ins Zeug – und das nicht nur in der Theorie. In einem PBC-internen Bericht zum Bundesparteitag im November 2006 ist nachzulesen: „Auf Vorschlag aus dem Plenum sangen wir zum Tagesabschluss gemeinsam die Nationalhymne. Dies wird uns noch lange in Erinnerung bleiben, weil es ein Element war, das Jesus in diesen Parteitag eingewoben hat. Sowas kann man nicht planen; es entsteht durch die Wirkung des Heiligen Geistes.“

„Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern“

Besagtes Flugblatt aus dem Jahre 2005 nennt noch andere Forderungen der Partei, so die „Begrenzung der weiteren Zuwanderung“ von Ausländern und ihre „freiwillige Rückkehr in die Heimatländer“. In einem Flugblatt des PBC-Bundesvorstandes mit dem Titel „Nie wieder Krieg“ aus dem Jahre 1995 wird auf den Punkt gebracht, was Deutschland aus Parteisicht dem Verderben näher bringt: „Unzucht, Habsucht, Egoismus und Selbstverwirklichung, Feminismus, Pornographie, die Propagierung von Okkultismus, Gewalt und Homosexualität spotten der Heiligkeit Gottes.“

Ein Schwerpunktthema der „Partei Bibeltreuer Christen“ ist die Abtreibung. Man darf es wohl als „Verharmlosung des Holocaust“ betrachten, wenn die PBC immer wieder Abtreibung mit dem Massenmord an den Juden und anderen Menschen unter der Naziherrschaft in Deutschland gleichsetzt. In einem zentralen Flugblatt des Bundesvorstandes zu diesem Thema ist zu lesen: „10 Millionen heimtückisch im Mutterleib getötete Kinder seit Kriegsende auf deutschem Boden schreien zum Weltenrichter und verklagen uns erneut. Hitler hatte Krematorien, heute macht es die zuständige Klinik. Anstelle von Massengräbern genügen heutzutage Mülltonnen. Früher die Juden – entrechtet und wehrlos: ‚Untermenschen‘. Heute die noch Ungeborenen.“

Klar fällt auch die Frontstellung in der „Islam-Frage“ aus. In dem PBC-Flugblatt „Jesus oder Muhammad? Islam oder Christentum?“ ist von der „dämonischen Macht des Islam“ die Rede, die gebrochen werden müsse. Aus „Gründen der inneren Sicherheit“ müsse der islamistische Bevölkerungsanteil reduziert werden. O-Ton: „So wie die Festungen des Kommunismus durch die Gebete entschiedener Christen und deren Festhalten an den Aussagen der Bibel zum Einsturz gebracht wurden, wird schlussendlich der lebendige Gott auch die dämonische Macht des Islam brechen!“

Die PBC-Mitglieder wollen übrigens auch die Juden missionieren und „bekehren“. Das PBC-Engagement gegen Antisemitismus mag auf den ersten Blick sympathisch klingen. Auf den zweiten zeigt sich jedoch der Hintergrund: Die PBC meint nämlich, dass sich nach der Wiedererrichtung Israels durch Gott ein letzter Kampf

→

Ulfkotte sagt Demonstration in Köln ab

KÖLN. Der Tiger sprang und landete als – Bettvorleger: Nachdem der Publizist Udo Ulfkotte bei der Ankündigung seiner für den 11. September geplanten Kölner Demonstration, die unter dem Motto „Stoppt die Islamisierung Europas – Demonstration für die Freiheit und gegen die Islamisierung Europas" noch von 20.000 Teilnehmer(innen) gesprochen hatte, sagte er den geplanten Aufmarsch wenig später sang- und klanglos ab. Offizieller Grund für den Verzicht: Ulfkotte und der als Redner angekündigte Ralph Giordano distanzierten sich von der ungebetenen Unterstützung durch die weit rechtsaußen angesiedelte Gruppe „pro Köln" und die ebenso rechte belgische Partei „Vlaams Belang".

Beobachtern der Szene scheint diese Begründung allerdings vorgeschoben zu sein. Der wirkliche Hintergrund der überraschenden Absage liegt eher darin, dass nur wenige Teilnehmer(innen) nach Köln gekommen wären, von denen vermutlich ein großer Anteil noch nicht einmal von Ulfkottes Verein „Pax Europa e.V." sondern von den genannten Rechtsgruppen mobilisiert worden wären. Zwar distanzierte sich der „Terrorismusexperte" am 3.9. im Internet von der „im Verfassungsschutzbericht erwähnte(n) und am extrem rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelte(n) Gruppe Pro Köln" und vom „rechtsextreme(n)" Vlaams Belang und verurteilte „es auf das Schärfste, mit diesen Menschen in einem Atemzug genannt oder von ihnen als Aushängeschild missbraucht zu werden". Am gleichen Tag veröffentlichte pro Köln allerdings eine Erklärung in ihrem Rundbrief, in dem enthüllt wurde, dass der sich öffentlich distanzierende Ulfkotte „im Vorfeld des Demo-Termins am 31. August bei der Bürgerbewegung Duisburg zum Thema ‚Schleichende Islamisierung Europas'" sprach. Weiter heißt es darin: „Andreas Akwara, Vorsitzender der Bürgerbewegung Duisburg, gehört zu den wichtigsten Unterstützern der Kandidatur der Bürgerbewegung pro NRW bei der Landtagswahl 2010...". Bart Debie, in Belgien verurteilter rechter Schläger und Vlaams Belang Abgeordneter, berichtete sogar: „Der Vlaams Belang steht zu Udo Ulfkotte in einem guten, herzlichen Kontakt.". Soweit zur Distanzierung von „Rechtsextremen".

Aber auch sonst ist der frühere FAZ-Mitarbeiter nach rechts wenig kontaktscheu: Nach Angaben der Internet-Enzyklopädie Wikipedia „unterstützte er die von mehreren Medien als rechtspopulistisch bezeichnete Wählervereinigung Bürger in Wut" bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft. Am 3.6.2007 referierte Ulfkotte neben den einschlägig bekannten Rechten Karlheinz Weißmann, Götz Kubitschek und Henry Nitzsche auf einer Veranstaltung des „Instituts für Staatspolitik", das laut Wikipedia „der Neuen Rechten zugeordnet wird". Aus Gründen inhaltlicher Abgrenzung erfolgte die Distanzierung also offensichtlich nicht.

Ein Stein vom Herzen fiel nach der Absage der rassistischen Demonstration wahrscheinlich den Verantwortlichen in der Kölner Verwaltung sowie der Polizei. Ulfkotte wollte ursprünglich in Brüssel demonstrieren – sein Vorhaben wurde allerdings vom Bürgermeister der belgischen Hauptstadt verboten. Ob ein solches Verbot auch in Köln erfolgt wäre und ob es dann vor Gericht Bestand gehabt hätte, ist überaus fraglich. Nun können sich bürgerliche Politiker(innen) und Verwaltung distanzieren, ohne wirklich tätig werden zu müssen.

Bleibt nur noch, nach der Rolle Ralph Giordanos zu fragen. Dieser, während des Faschismus selbst Opfer rassistischer Verfolgung und jahrzehntelang scharfer Kritiker von Anitsemitismus und Rassenhass, dürfte sich als politischer Mensch bei seinen islamfeindlichen Ausfällen über die Unterstützung von rechts nicht wundern. Die knüpfen einfach an Giordanos immer hasserfüllter werdende Ausfälle an. Für Demokrat(inn)en kommt Giordano jedenfalls nicht mehr in Frage. *tri* ■

Fortsetzung von Seite 6
Artikel zur PBC

zwischen diesem und dem Teufel ergibt. Während dieses Kampfes müsse Gott unterstützt werden, bis sich am Ende ganz Israel zu Jesus Christus bekennen werde. Der Schlusspunkt werde mit der Vernichtung des Teufels und der Errichtung eines Gottesreiches gesetzt.

Bevor es soweit ist, wollen die erzkonservativen Christen also in einer neuen Partei ihre Kräfte bündeln. Das ist der Hintergrund der Fusion zwischen PBC und der „Deutschen Zentrumspartei", der die Mitglieder beider Parteien im Herbst zustimmen sollen. Über Einzelheiten wie etwa die Frage der Doppelmitgliedschaft wird gegenwärtig innerhalb der PBC zum Teil heftig gestritten. Walter Weiblen redet Tacheles: „Mittelfristig streben wir in einer christlichen politischen Bewegung in Deutschland ein Wachstum auf 50.000 Mitglieder an und wollen stabil ein Wählerpotenzial zwischen acht und zehn Prozent erschließen." Schon 2009 solle sich bei den Europa- und Bundestagswahlen in Deutschland „eine Allianz aller christlichen Kräfte für eine Neuausrichtung der Politik" zur Wahl stellen, so Weiblen. Sein Credo: „Wir dürfen gespannt sein, wohin Gott das alles führen wird." ■



Kulturcafé – ein Erinnerungsort für Ehrenfeld

KÖLN. Am Samstag, 15. September lud die Ehrenfelder Initiative „Erinnerungsort Bahnbogen" zu einer Veranstaltung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Leben und Überleben in Ehrenfeld ein, auf der auch zwei ehemalige Zwangsarbeiter aus der Ukraine anwesend waren, die zur Zeit auf Einladung der Stadt in Köln sind. Ziel der Initiative ist es, ein Kulturcafé in einem der alten Bahnbogen einzurichten, als einen Ort der Erinnerung mit Ausstellungen und Veranstaltungen, aber auch als internationalen Treffpunkt für den Stadtteil. Der Bezirksbürgermeister Josef Wirges sprach auf der Veranstaltung und unterstützt das Projekt ebenso wie die Projektgruppe Messelager im Verein EL-DE-Haus. ■

Hamburger DVU traf sich bei der Deutschen Bahn

Antifaschistischer Auftakt gegen den DVU-Wahlkampf

Jeden ersten Mittwoch im Monat traf sich die Hamburger DVU zu sogenannten ‚Klönschnacks' um ihre Arbeit zu organisieren. Seit mindestens Frühjahr 2007 tagten der Vorstand der neofaschistischen Partei und aktive Mitglieder in einem Eisenbahnerheim der Deutschen Bahn AG in der Bankstraße bei den Deichtorhallen. Besorgt hatte die Räume Harry Ostwaldt, der regelmäßig an den Treffen teilnahm und außerdem Funktionär der Eisenbahnervereinigung Association Européenne des Cheminots (ACE) ist, welche ihre Niederlassung ebenfalls in dem Heim hat. Ostwaldt ist kein Unbekannter in der Naziszene.

Schon 1986 war er Mitglied des Freundeskreis Filmkunst e.V. (FFK), einer Organisation, die über Jahre hinweg indizierte NS-Filme in angemieteten Hamburger Kinos zeigte. 1979 erwarb der FFK für Jürgen Rieger das Nazi-Zentrum Hetendorf 13 in Niedersachsen, welches 1998 von den Behörden geschlossen wurde. Der FFK wurde 1962 unter Beteiligung von Altnazis und Mitgliedern zuvor verbotener Organisationen gegründet und gehört zum Vereinsgeflecht von Rieger. Gute Beziehungen zu alten Nazis hat auch der regelmäßig in der Bankstraße anwesende Erste Vorsitzende der Hamburger DVU Günther Schlemmer. Er war ebenso regelmäßig Gast bei ehemaligen SS-Soldaten der HIAG, deren Treffen im Frühjahr 2006 in der Handwerkskammer aufflog. Auch an der geheimen Feier zum 55. Jubiläum der HIAG in Büchen im Mai 2005 nahm Schlemmer teil.

Ein weiterer regelmäßiger Teilnehmer der ‚Klönschnacks' ist einer der momentanen stellvertretenden Vorsitzenden der DVU, Archibald Felsch. Bis 2004 war er sogar Landesvorsitzender der neofaschistischen Partei. Trotzdem erhielt Felsch 2005 eine Ehrung des Technischen Hilfswerkes (THW) für seine 50-jährige Mitgliedschaft u.a. als Vize-Bezirksbeauftragter des THW im Bezirk Mitte.

Die monatlichen ‚Klönschnacks' der Hamburger DVU waren längere Zeit schlecht besucht. Dies änderte sich schlagartig, als auf dem Norddeutschen Parteitag im Juli 2007 von Gerhard Frey bekräftigt wurde, dass in Hamburg die DVU zur Bürgerschaftswahl im Februar 2008 antreten soll. Seit August ist das Treffen nun deutlich besser besucht. Eine Homepage für den Hamburger Landesverband wurde extra eingerichtet. Dort befinden sich hauptsächlich Artikel aus der DVU-nahen Nationalzeitung mit Bezug zu Hamburg, sowie natürlich Werbung und die Bitte um Unterstützung des Wahlkampfes. Am Sonntag, den 2. September, fand der „Landesparteitag Hamburg" im nördlichen Niedersachsen statt, wo Vorstandswahlen abgehalten wurden.

Als RednerInnen waren u.a. mit folgenden Themen vorgesehen: Der Bundesvorsitzende Gerhard Frey (Noch ist Deutschland nicht verloren), der ehemalige Legion-Condor-Flieger und NS-Oberst Hajo Herrmann (Die Vernichtung Hamburgs und unser Kampf um die Reichsverteidigung) und die Bremerhavenerin Desiree Schneider (Die Jugend wählt deutsch). Laut Homepage waren 350 Mitglieder und Gäste der neofaschistischen Partei anwesend, viele werden allerdings extra einbestellte Claqueure aus anderen Bundesländern gewesen sein. Aus Hamburg reiste nur ein Bus an, der von Vorstandsmitglied Oswald Dannenberg koordiniert wurde.

Mit der DVU ist zur Bürgerschaftswahl also zu rechnen. Der NPD-Bundessprecher Klaus Beyer hat erklärt, dass seine Partei die DVU im Rahmen der ‚Volksfront von rechts' bei der Wahl unterstützen wird, ob das auch für die Hamburger Kameradschaften gelten wird, ist unbekannt.

Am 5. September wurden die Aktivitäten der Hamburger DVU nun erheblich gestört. Mehrere Dutzend AntifaschistInnen protestierten friedlich vor dem Eisenbahnerheim, forderten eine Kündigung der Räume durch die Deutsche Bahn AG bzw. die ACE und machten auf die Aktivitäten der DVU bezüglich der Bürgerschaftswahl aufmerksam. Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende Robert Valkovic behauptete zunächst gegenüber der Polizei, er wäre massiv bedroht worden. Dieses erklärt das zunächst aggressive Vorgehen der Polizei, die von ca. 12 Personen die Personalien aufnahm und einige zu Boden warf. Als Valkovic zugeben musste, dass er keineswegs bedroht wurde, ließ die Polizei alle Demonstranten gehen.

Nachträglich stellte sich heraus, dass die Bahn und der ACE von Ostwaldt über die ‚Untervermietung' nicht informiert worden waren. Der Nazi wurde umgehend gefeuert. *erk* ■

„Snevern Jungs" die Verkleidung ausziehen

Schneverdingen. Die „Snevern Jungs" (SJ), im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 2006 als eine besonders bedeutende Kameradschaft herausgestellt, mühen sich um den Titel „die netten Nazis von nebenan". Sie beteiligen sich bei Blutspenden, Preisskat, kommunalen Umweltaktionen, kämpfen „für freie Kartoffelwahl – Rettet Linda" und kommen bei manchen lokalen Honoratioren gut an, weil sie interessiert Rats- und Kreistagssitzungen besuchen. Entsprechend der Nazi-Wortergreifungsstrategie durften sie 2006 bei der SPD diskutieren und bei Grünen im Saal bleiben. Damit ist es endgültig vorbei – wie bei DGB und Antifa-Initiative längst praktiziert.



Als ihr Führer Matthias Behrens im feinen Zwirn eine Kreis-Jugendhilfeausschusssitzung besuchte, musste er sich aus Grünem Munde anhören: „Die braune Jauche verkleidet und parfümiert sich".

Die „Snevern Jungs" pflegen viele Kontakte im In- und Ausland, fehlen bei keinem Aufmarsch, feiern Fasching in Klu-Klux-Klan-Kostümen, treiben Heldenverehrung für Schlageter, Heß und Wehrmachtssoldaten, verbreiten über sog. „Witze" rassistische Hetze in ihrer homepage, sind beim Nazi-"Stammtisch-Nord" und NPD-Parteitag dabei. Der erste niedersächsische NPD-Landtagswahlkampfinfostand fand am 9.6.07 in Schneverdingen, von den SJ durchgeführt, statt. Und manchmal rutscht ihnen doch mal, nicht nur die Hand gegen Antifas aus.

Der jüngste Versuch, von der Mitte der Gesellschaft akzeptiert zu werden, misslang den Kameraden.

Am 13.8.07 beschlossen SPD, Grüne, CDU, FDP im Stadtrat Schneverdingen – gegen die Stimmen von Wählergemeinschaft und Bürgermeister Kasch/ CDU (!) – eine Resolution an alle Vereine, gegen

Nazi-Einfluss aktiv zu werden. Der DGB forderte Stadtrat und TV Jahn als Veranstalter auf, den Kameraden nach Jahren endlich die Teilnahme am Internationalen Volkslauf des Heideblütenfestes zu verweigern. Das ginge nicht, da es „keine gerichtliche Handhabe" gebe, meinte der TV-Jahn-Vorsitzende, der gerade erst als stellvertretender Bürgermeister (SPD) der Rats-Resolution zugestimmt hatte.

25 KameradInnen, davon 20 in schwarzem Einheitsdress, zogen am 25.8.07 vor der NDR-Kamera im Block zur Volkslauf-Anmeldung. Darunter auch Kameraden aus Verden, Bremen und Lüneburg: Daniel Fürstenberg (NPD-Ratsherr im Heisenhof-Ort Dörverden), Roman Greifenstein (NPD-Landtagskandidat für Lüneburg), Marcel Schindler mit eintätowiertem Kluklux-Klan und verbotenem „Blood & Honour" auf dem Bauch.



Fotos: „recherche-nord"

Der TV Jahn verweigerte, sie unter der Gruppenbezeichnung „Snevern Jungs" zu notieren. Die 14 laufbereiten KameradInnen kamen am Start mit Widerwillen und Drohgebärden schließlich der Aufforderung nach, ihre T-Shirts so zu wenden, dass die Kameradschaftslogos und der Spruch („Wer von der Lüge lebt, muss die Wahrheit fürchten") nicht zu sehen waren. Auch Zettel mit ihrer „Weltnetz"-Adresse mussten weg.

Durch DGB und Antifas informiert, distanzierten sich viele SportlerInnen vor der TV-Kamera und kritisierten die Halbherzigkeit der lokalen Verantwortlichen. Viele Läufer brachten angebotene Antifa-Aufkleber auf ihrer Sportkleidung an. Eine Gruppe junger Frauen startete mit dem Trikot-Aufdruck „Schöner leben ohne Nazis". Während die jüngeren KameradInnen sich an die Auflagen hielten, zogen die Führer auf der 5 km-Strecke ihre T-Shirts erneut um, so dass ihre Nazi-Indentität wieder sichtbar wurde. Am Ziel wurden sie von Touristen und Schneverdingern mit Buh-Rufen und „Nazis raus" empfangen. Während die Lokalpresse z.T. nichts berichtete, z.T. die überregionalen Medien als „Aufwertung" für die Kameraden abtat, war im N3-TV-Bericht zu sehen, wie Führer M. Behrens Journalisten bedroht. Das hindert die NPD nicht, die Volkslauf-Beteiligung als nachahmenswert zu verkaufen.

Vor Ort wurden die AntifaschistInnen von sehr vielen SportlerInnen, Touristen und SchneverdingerInnen angesprochen. Bis auf eine Person sprachen sich alle gegen Nazi-Teilnahme am Volkslauf und gegen Nazis überhaupt aus, und verteilten Lob für den antifaschistischen Einsatz.

Außer dem TV-Jahn-Vorsitzenden (und stellv. Bürgermeister) war niemand aus der Politik zu sehen. Der TV Jahn war so schlau und strich wenige Tage zuvor aus der Internet-Ergebnisliste 2006 nachträglich die Gruppenbezeichnung „Snevern Jungs" (vergaß aber, das auch in den Listen der Vorjahre zu tun). Charly Braun vom DGB kritisiert die Verantwortlichen: „Ist das nicht ein Verhalten nach dem Motto: was ich nicht sehe, das gibt es nicht? Wieviel ist die Stadtratsresolution wert, wenn sie 12 Tage nach ihrer Geburt, schon bei ihrer ersten Anwendung nicht hält?" und er schlägt vor, künftig „antifaschistische Volksläufe gegen Rassismus" durchzuführen.

Im Weser-Kurier am 25.8.07 rät Gerd Bücker, Leiter der Clearingstelle zur Prävention gegen Rechtsextremismus im Landespräventionsrat Niedersachsen, den Schneverdinger Verantwortlichen: „das Problem offensiv anzugehen, möglichst geschlossen für die Demokratie auf die Straße zu gehen und Aufklärungsarbeit zu leisten – vor allem dort, wo Jugendliche sind. In der Jugendarbeit darf kein Vakuum entstehen, das Neonazis besetzen können."

Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut nennt das Verharmlosen „fatal". Es erinnere ihn an Mügelns Bürgermeister, denn „Ignorieren und Verharmlosen sind die schlimmsten Fehler im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus." Der Landkreis Soltau-Fallingbostel hat laut Pfeiffer-Studie den zweithöchsten Wert fremdenfeindlicher Aussagen von Jugendlichen in Niedersachsen.

Nach soviel Kritik, hat nun die lokale SPD und sogar der Bürgermeister erklärt, dass was gegen Nazis getan werden müsse. DGB und Antifa-Initiative warten nicht darauf und setzen ihre Arbeit fort.

B/E ■

Ver.di Nord fordert NPD-Verbot

Der Leiter des Landesbüros von ver.di in Mecklenburg-Vorpommern, Ernst Heilmann, verurteilte die Gewalt und erneuten Angriffe auf Migranten sowie weitere Bürgerinnen und Bürger in Bützow, an denen vorbestrafte Rechtsradikale beteiligt waren. Innenminister und Polizei bräuchten endlich ein klares Konzept im Handeln gegenüber rechten Gewalttätern. Dazu gehöre auch eine Verschärfung des Strafrechts. Es dürfe keine Bewährung mehr für rechte Straftäter geben. Heilmann bekräftigte die ver.di-Forderung nach einem NPD-Verbot.

Bereits am 1. August dieses Jahres hatte ver.di Nord als Organisation für die Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern eine neues NPD-Verbotsverfahren gefordert. Die Auflösung der rechtsextremistischen Partei wäre ein wichtiger Schritt in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, bekräftigte Rüdiger Timmermann, Leiter des ver.di Landesbezirkes Nord. Der ver.di Landesbezirk unterstütze die VVN-Kampgane „NPD-Verbot jetzt".

Näheres zu den Positionen von ver.di Nord zum Thema Rechtsradikalismus kann man auf der homepage npd-kehrtmarsch.nord.verdi.de erfahren. ■

SPD-Fraktionschefs wollen neuen Anlauf für NPD-Verbot

SAARBRÜCKEN. Trotz vieler Bedenken haben sich die SPD-Fraktionschefs aus Bund und Ländern für ein neues Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme NPD ausgesprochen, berichtete die Ostseezeitung am 6. September. Das NPD-Verbot solle „energisch verfolgt" werden, kündigte Bundestagsfraktionschef Peter Struck zum Abschluss einer Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden am 5. September in Saarbrücken an. Es könne nicht tatenlos hingenommen werden, dass sich die NPD offen zu ihrer Verfassungsfeindlichkeit bekenne und aus Steuergeldern finanziere, aber niemand den Weg für ein Parteiverbot gehe. Bei der Bundesregierung, verschiedenen Länder-Regierungen und auch bei den anderen großen Parteien waren die SPD-Pläne für ein neues Verbotsverfahren auf Skepsis gestoßen. Struck informierte, die Konferenz habe auch seinen Vorschlag für einen NPD-Bericht der Innenminister unterstützt, so die Ostseezeitung. Bis Ende des Jahres sollen demnach die Ressortchefs in den zuständigen, geheim tagenden Ausschüssen des Bundestages und der Landtage einen Bericht „über die jetzige aktuelle Bewertung der NPD" vorlegen. Darin solle auch aufgeführt werden, „wo noch V-Leute tätig sind". ■

Jean-Marie Le Pen geht fremd: Querfront oder Front National?

Alain Soral und Dieudonné erneut auf krummen Wegen unterwegs

Jean-Marie Le Pen, Parteichef des rechtsextremen Front National (FN), ist in diesem September in gewissem Sinne fremd gegangen. Aus Kostengründen hatte der Front National sowohl seine „Sommeruniversität“ – die Sommerakademie für die Parteikader findet normalerweise alljährlich Ende August statt – als auch das sonst im Herbst anstehende „Blau-Weiß-Rot-Fest“ (Fête BBR, für Blau-Blanc-Rouge) in diesem Jahr abgesagt. Die rechtsextreme Partei muss nämlich sparen: Aufgrund ihres schlechten Abschneidens bei den Parlamentswahlen sind die Parteikassen leer, und ferner muss sie noch den nächsten Kongress am 17./18. November in Bordeaux organisieren und bezahlen.

Einer „eigenen“ Sommeruniversität beraubt, tauchte Le Pen am Wochenende des 8./9. September in der Nähe von Versailles auf einer Sommerakademie auf, die von Anderen organisiert worden war. Es handelte sich um eine Ansammlung von 300 Leuten (so jedenfalls die Zahlenangabe der FN-eigenen „Nationalen Wochenzeitung“, National Hebdo, NH, vom 13. September), die auf einen Aufruf der Association ‚Egalité et Réconciliation‘ – Vereinigung „Gleichheit und Aussöhnung“ – hin in das Kaff Villepreux zusammengeströmt waren. Diese Kommune mit rund 9.500 Einwohnern liegt in zwölf Kilometern Entfernung von Versailles.

Alain Soral

Die o.g. Vereinigung ist, laut dem Bericht von NH, vor nunmehr vier Monaten durch den Schriftsteller Alain Soral gegründet worden. Der Romancier trat seit längerem als Provokateur und politischer Geisterfahrer in Erscheinung, und berät seit rund zwei Jahren Le Pen. Am 6. Februar 2007 trat er offiziell dessen Wahlkampfteam zur Präsidentschaftswahl bei.

Der frühere Linke Alain Soral, Jahrgang 1958, der in jüngerer Zeit vor allem durch seine antifeministischen, provokatorischen und teilweise pornographischen Schriften auffiel, gehörte bis in die frühen neunziger Jahre der französischen KP an. 1993 trat er aus der Partei aus. Danach ging er auf Abstand zur Linken, die in seinen Augen nicht mehr glaubwürdig den Wunsch nach radikaler sozialer Veränderung verkörpern konnte. Den Niedergang der KP vor allem in den Banlieues beschrieb er in einem 2002 erschienenen Buch (Jusqu’où on va descendre. Abécédaire de la bêtise ambiante, also „Bis wohin wir herabsinken werden. ABC der umgebenden Dummheit“) und führte ihn dabei vor allem auf die Immigration zurück. Letztere habe zu einem Austausch der altansässigen Arbeiterschaft durch eine subproletarische und multinationale Bevölkerung geführt. Faktoren wie die Veränderung der Arbeitsverhältnisse selbst blendet Soral dabei völlig aus. Ebenso wie die Tatsache, dass auch zu Zeiten rauchender Fabrikschlote in den Banlieues – die damals noch Arbeitervorstädte und von Industrieansiedlungen geprägt waren – deren Bevölkerung bereits zu einem Gutteil aus Einwanderern bestand.

Neben der Einwanderung als angeblicher Ursache des Niedergangs für den Parteikommunismus bekämpft Soral vor allem die „Feminisierung“ der Gesellschaft, die er in seinem zweiten zentralen Buch als „antidemokratisches Komplott“ darzulegen versucht.

Dort, wo Alain Soral ist, kann auch der „Komiker“ bretonisch-kamerunischer Herkunft Dieudonné M’bala M’bala – der in Frankreich vor allem unter seinem Vor- und Künstlernamen bekannt ist – selten weit entfernt sein. Dieudonné, der sich seit Herbst 2006 ebenfalls unverkennbar an den Le Pen-Clan (Vater, Tochter und mehr noch an Jean-Marie Le Pens zweite Ehefrau Jany – mit ihr zusammen hielt er sich im März 2007 in Kamerun auf) annäherte, ist ebenfalls unter die politischen Geisterfahrer gegangen. ‚National Hebdo‘ notiert im oben zitierten Veranstaltungsbericht: „Am Samstag (Anm.: 8. September) kam der sich jeder Klassifizierung entziehende Komiker Dieudonné vorbei, um guten Tag zu sagen, als guter Gefährte, der er ist: Noch nie hat der Begriff ‚Aussöhnung‘ so treffende Bedeutung gehabt.“

Der frühere Antirassist und aktive FN-Gegner Dieudonné – der noch vor zehn Jahren gegen den Front National in seiner damaligen Hochburg Dreux als Parlamentskandidat antrat – hat sich seit 2003/04 rasant in eine höchst ungute Richtung zu radikalisieren begonnen. Anfänglich fiel er, in diesem Zeitraum, in der Öffentlichkeit durch judenfeindliche Äußerungen auf. Ursprünglich motivierte ihn dabei vor allem eine Form von „Opferkonkurrenz“: Durch die Erinnerung an die Shoah monopolisierten die Juden den Opferstatus, und angeblich deshalb schweige man zu den Verbrechen der Sklaverei und des Kolonialismus. Nachdem Dieudonné jedoch wegen seiner Ausfälle unter erheblichen Druck geraten war, hat er sich seither zunehmend in ein paranoides antisemitisches Weltbild hineinzusteigern begonnen. Aufgrund einer Verschwörung würde er in den Medien zum Schweigen gebracht, die Juden seien historisch für den Sklavenhandel verantwortlich (obwohl „dieser Kommerz“ allen Personen jüdischen Glaubens durch den Artikel 1 des Code noir, des im 17. Jahrhundert verabschiedeten Gesetzbuchs zum Sklavenhandel, ausdrücklich verboten wurde) und monopolisierten heute die Medien und die Moral. Im Februar 2005 prangerte Dieudonné auf einer Pressekonferenz in Algier die „Erinnerungspornographie“ bezüglich des Holocaust, der ständig in Erinnerung gerufen werde, an. Und beklagte, „zionistische Autoritäten“ in der französischen



Kulturwelt seien dafür verantwortlich, dass er das Geld für einen Film über die Sklaverei nicht zusammen bekommen habe. Kurz: Es stinkt, was der Mann seit einigen Jahren von sich gibt.

Für seine Auslassungen zur „Erinnerungspornographie“ ist Dieudonné übrigens jüngst, am 11. September dieses Jahres 2007, in Paris zu einer Geldstrafe in Höhe von 7.000 Euro verurteilt worden. (Vgl. u.a.: http://www.agoravox.fr/article.php3?id_article=28914) Es handelt sich um seine zweite Verurteilung aufgrund antijüdischer Äußerungen.

Nationalrevolutionär Christian Bouchet

Ein weiterer mehr oder minder prominenter Name, der in dem NH-Artikel über die zurückliegende „Sommeruniversität“ fällt, ist jener von Christian Bouchet. Bei ihm handelt es sich um den führenden Kopf des am verbalradikalsten auftretenden Flügels innerhalb des, organisatorisch zerklüfteten, Spektrums der französischen Nationalrevolutionäre. Christian Bouchet, der in der Vergangenheit u.a. die Gruppierung Nouvelle Résistance (Neue Résistance, oder Neuer Widerstand) leitete, beansprucht für sich selbst auch den Begriff

des „Nationalbolschewismus“. Diese Bezeichnung existierte bereits im Deutschland der Weimarer Republik. Damals ging es dabei um eine der Spielarten der Konservativen Revolution, mittels derer preußische Junker – auf demagogische Art – proletarische Elemente für eine „gemeinsame Front gegen die Versailler Ordnung“ gewinnen wollten; Erfolg war ihr dabei nicht unmittelbar gegönnt, aber sie wirkte (zusammen mit ähnlichen Erscheinungen) als einer der Wegbereiter für den später siegreichen Nationalsozialismus. Im heutigen Frankreich handelt es sich hingegen um eine, alles in allem maximal ein paar Hundert Personen starke, spezielle ideologische Unterströmung der „Nationalrevolutionäre“.

Querfront-Projekt: Sammelsurium von „Rebellen aller Art“ oder politischer Bluff?

Leute wie Christian Bouchet lieben es, das Szenario einer angeblichen gemeinsamen Front sämtlicher „Rebellen“, an der sie selbst auf legitime Weise teilhaben könnten, auszumalen. Ähnlich liest sich der Veranstaltungsbericht in der FN-nahen Wochenzeitung National Hebdo, dessen Autor (Nicolas Gauthier) dabei aber anscheinend ein bisschen zu tief in den Farbkasten gegriffen hat, um ein getreues Abbild der Wirklichkeit zu malen. So scheint sein Artikel nicht von Übertreibungen frei zu sein; die politische Absicht, die er mit seiner Beschreibung verknüpft, wird jedoch offenkundig.

Nicolas Gauthier startet seinen Bericht mit folgenden Sätzen: „Was zu allererst frappiert, das ist die Vielfältigkeit (diversité) der Teilnehmer, 300 am Samstag und fast eben so viele am folgenden Tag. Kaum mehr als 20 Leute vom Front National. Die übrigen? Trotzkisten, die sich Fragen stellen, ‚Beurs‘ (Anm.: so nannte man in den 1980er Jahren arabischstämmige französische Jugendliche, der Begriff ist jedoch längst veraltet bzw. wird von den so Bezeichneten inzwischen abgelehnt) auf Sinnsuche, rechte Leute von links – Tercéristen (Anm.: wörtlich Anhänger des volksgemeinschaftlichen >dritten Weges< zwischen Kapitalismus und Marxismus im Sinne der Nationalrevolutionäre, also der ‚troisième voie‘; von ‚tierce‘ = dritte/r/s), wie man sie früher nannte, Katholiken, >Nationalbolschewisten<, Ehemalige des GUD (Anm.: extrem gewalttätige rechtsextreme Studentenvereinigung, die unter ihrem alten Namen verboten ist), Royalisten, mutmaßliche Islamisten, auch einfache Neugierige; aber alles ausschließlich Leute, die sich Fragen stellen.“`

Aus dieser Beschreibung lässt sich schon heraushören, dass unterschiedliche politische Strömungen der extremen Rechten vertreten waren – Royalisten, katholische Fundamentalisten... –, aber der Schwerpunkt bei den Nationalrevolutionären lag, die gleich doppelt auftauchen (mit den „Nationalbolschewisten“ und den ‚tercéristes‘). Ansonsten kann man die weitere Ausschmückung dieses Beitrags erst einmal getrost vergessen: Dass sich „einfache Neugierige“ zu einem solch exquisiten Treffen verirrt hätten, ist erst einmal nicht anzunehmen. Hervorstechend wirken jedoch zwei Gruppen, die vorgeblich an dem Treffen teilnahmen und sich vom Rest abheben: die vom Autor genannten „Trotzkisten“ und “mutmaßlichen Islamisten“. An dieser Stelle gebietet sich eine kritische Prüfung, den Wahrgeheitshalt dieser Behauptung betreffend.

Was die angeblichen „trotzkistischen“ Teilnehmer betrifft, so legt der Autor des Artikels selbst eine Fährte, indem er einen Namen für dieses Spektrum nennt. Er schreibt: „Der Ökumenismus (Anm.: die gemeinde- oder konfessionsübergreifende Gemeinsamkeit) geht so weit, dass der Schriftsteller Jean Robin, den wir mangels besserer Begrifflichkeit als ‚trotskisant‘ (Anm.: >trotzkisierend< oder trotzkismusähnlich) definieren werden, und der im übrigen jüdischer Herkunft ist, die Anwesenden durch die Vorstellung seines jüngsten Essays ‚La judéomanie‘ in Bann ziehen kann...“ Stellt man aber Nachforschungen zu besagtem Jean Robin an, so trifft man auf nichts, aber schlichtweg gar nichts, was ihn auch nur entfernt mit dem Trotzkismus oder anderen Varianten des Marxismus in Verbindung bringen würde. Hingegen findet sich die Bestätigung, dass fraglicher Schriftsteller – ob er nun real jüdischer Herkunft, oder ob dies nur eine durchsichtige Behauptung sei – tatsächlich der Verfasser eines Buches namens ‚La judéomanie‘ (ungefähr: Der Juden- oder jüdische Rummel) ist. Darin wirft er dem „jüdischen Kommunitarismus“ vor, fälschlich Alarmismus bezüglich antisemitischer oder rechtsextremer Tendenzen zu betreiben, und durch seine Umtriebe die Einheit von Nation und Republik zu gefährden. Dadurch wiederum werde die ‚judéomanie‘ erst ursächlich dafür, dass Antisemitismus entstehen könne. Man könnte das Buch infolge solcher Thesen als, nun ja, antisemitisches Machwerk bezeichnen.

Was die behaupteten „mutmaßlich islamistischen“ Teilnehmer betrifft, so bleibt der Verfasser des Artikels in NH noch weitaus vager und unkonkreter – und liefert keinerlei Beleg.

Schlussbetrachtungen

Eine echte „Querfront“ war das, was da in der Nähe von Versailles tagte, jedenfalls noch nicht: Es fehlten tatsächliche Brückenschläge in andere – rebellische, protestlerische, gar linke – Spektren hinein. Unterschiedliche Strömungen der extremen Rechten blieben anscheinend weitgehend unter sich, freilich zusammen mit einigen in den letzten Jahren frisch Hinzugewonnenen. Insbesondere Alain Soral (der selbst die Veranstaltung ausrichtete) und Dieudonné zählen zu ihnen. Der politische Schwerpunkt lag entsprechend auf dem Diskurs der „nationalrevolutionären“ Fraktion, zu deren politischem Profil Annäherungs- oder Abwerbeversuch in dieser Richtung mit dazugehören. Die nationalkonservative, monarchistische oder katholisch-fundamentalistische Unterströmung der französischen extremen Rechten vermochte es jedenfalls nicht in vergleichbarem Maße, ehemalige Linke oder Antirassisten herüber zu ziehen.

Bemerkenswert ist dabei jedoch, dass auch Parteichef Jean-Marie Le Pen vom FN die Tagung mit seiner persönlichen Anwesenheit beehrte. Auch wenn er, laut dem Bericht von Nicolas Gauthier in NH, erst am zweiten Veranstaltungstag „zum sonntäglichen Mittagessen“ eintraf. Dem Bericht von Gauthier zufolge richtete er allerdings auch eine Ansprache an die Versammelten, deren Inhalt zwar nicht wiedergegeben wird, die der NH-Journalist aber so zusammenfasst: „Jean-Marie Le Pen blieb es vorbehalten, auf die Zukunft der alten Idee, die die Nation darstellt, zu insistieren. Er tut es mit Begriffen, die bei allen (Anwesenden) für Einverständnis sorgen.“

Neben dem Bericht von N. Gauthier auf Seite 11 (von NH; Ausgabe vom 13. September) findet sich allerdings auf der Seite 2 auch noch ein Kasten unter dem Titel: „Le Pen bei Soral“. Dort wird eine längere Passage aus Le Pens Erklärung wiedergegeben. In ihr heißt es: „Ich war immer für die Gründung von unabhängigen Strukturen zur Reflexion (zum Nachdenken), da ich mir darüber bewusst bin, dass sie nur schwerlich im sehr engen Rahmen der politischen Parteien gedeihen können. Diese sind von Natur aus im Tagesgeschäft der Wahltermine eingebunden (...) Die inhaltliche Analyse benötigt zudem eine gewisse Unabhängigkeit des Geistes und der (finanziellen) Mittel, welche – man muss es wohl sagen – nicht unbedingt mit den Regeln des Funktionierens einer Partei zusammen passt. Ich lege daher Wert darauf, den Teilnehmern dieser Sommeruniversität zu gratulieren...“

Dies bedeutet so viel wie: Die Struktur, die Alain Soral ins Leben gerufen hat, genießt eine Unabhängigkeit vom Front National und politisch-ideologische Bewegungsfreiheit für ihre Gehversuche. Diese Manövrierfreiheit bedeutet aber im Gegenzug auch, dass die Partei nicht (unbedingt) mit ihren politischen Experimenten identifiziert werden möchte. Falls aber das ideologische Gebräu, das da aufgesetzt wird, einen Erfolg versprechen sollte, kann die rechtsextreme Partei ja dann etwas von den Rezepten kopieren, die in diesem – „unabhängigen“ – Rahmen zuvor ausprobiert worden sind.

Bernhard Schmid, Paris ■

Fluggastdaten sollen an Bundespolizei übermittelt werden

BERLIN. Wer künftig per Flugzeug über die Schengen-Außengrenzen in die Bundesrepublik einreist, muss damit rechnen, dass seine Daten an die Bundespolizeidirektion übermittelt werden. Angaben wie Namen, Geburtsdatum, Geschlecht, Nummer des Reisedokuments oder Flugnummer sollen nach dem Willen der Bundesregierung „unverzüglich“ an die Bundespolizei übermittelt werden, sobald der Check-in der Fluggäste für den betreffenden Flug geschlossen ist. Das sieht ein Entwurf zur Änderung des Bundespolizeigesetzes vor, den die Bundesregierung nun vorgelegt hat.

Darin heißt es, dass nicht von allen Flügen Daten übermittelt werden sollen, sondern nur in Fällen, in denen die Übermittlung „ausdrücklich verlangt wird“. So könnten Flugstrecken, die nach den behördlichen Erkenntnissen häufiger als andere für illegale Einreisen genutzt werden, gezielter überprüft werden. Die Übermittlungspflicht gelte für alle Fluggäste und differenziere nicht nach deren Staatsangehörigkeit. Die Luftfahrtunternehmen müssten ihre Fluggäste über die elektronische Übermittlung der Daten informieren, heißt es in dem Entwurf. Bei den Unternehmen würden die Daten 24 Stunden nach ihrer Übermittlung gelöscht.

Zur Begründung schreibt die Regierung, der Gesetzentwurf diene der Umsetzung einer Richtlinie des Europäischen Rates und werde dazu führen, dass mehr Zeit für die grenzpolizeiliche Überprüfung von Flugpassagieren zur Verfügung stehe. Die Übermittlung der Fluggastdaten sei ein „wichtiges Instrument zur Verbesserung der Einreisekontrolle und zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung“. *Quelle: Büro JRS* ■

Politik des „Ausgrenzens und Aushungerns“

BRÜSSEL. Einen umfangreichen Bericht über die soziale Ausgrenzung von Flüchtlingen in sieben europäischen Staaten hat der Jesuiten-Flüchtlingsdienst Europa kürzlich in Brüssel vorgestellt. Behandelt wird die Situation in Belgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Malta, Portugal und Rumänien. Die Rechtslage ist in den einzelnen Staaten unterschiedlich. Überall jedoch werden Flüchtlinge, vor allem wenn sie nicht abgeschoben werden können, mit staatlichen Maßnahmen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Ihre sozialen Menschenrechte werden zum Teil gezielt verletzt. Viele Flüchtlinge erhalten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kein Aufenthaltsrecht, können aber auch nicht abgeschoben werden, weil die Rückkehr in den Herkunftsstaat unmöglich ist. Diese Menschen befinden sich häufig in einem rechtlichen „Niemandsland“. Immer wieder werden ihnen selbst die grundlegenden staatlichen Hilfen wie Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung oder Zugang zum Bildungssystem verweigert. Dies sind die Ergebnisse von 54 Interviews, die der JRS Europa vor allem mit Betroffenen, aber auch mit Hilfsorganisationen geführt hat. Auch in Deutschland wurden solche Interviews geführt. Pater Martin Stark, der Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Deutschland, fasst die Ergebnisse wie folgt zusammen: „Besonders Menschen mit einer Duldung und Menschen ohne jeglichen Aufenthaltsstatus sind in Deutschland Opfer gezielter Ausgrenzung. Der Zugang zur medizinischen Versorgung ist ihnen entweder vollständig versperrt oder zumindest stark eingeschränkt. Sie können häufig ihre Kinder nicht in die Schule schicken und sind zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes auf Schwarzarbeit angewiesen.“

Die 167-Seiten umfassende Studie „We Are Dying Silent - Report on Destitute Forced Migrants“ (in englischer Sprache) findet sich unter www.jrseurope.org

Quelle: JRS-Newsletter – 11.09.07 ■

60 Gefangene der JVA Büren im Hungerstreik

BÜREN. 60 Inhaftierte der Abschiebehaftanstalt Büren befinden sich seit dem 2.9.07 in einen unbefristeten Hungerstreik. Ihr Ziel ist die sofortige Freilassung aller Abschiebehäftlinge. Am 2.9.07 fand in Büren eine Demonstration unter dem Motto „Kriege beenden, Abschiebung Abschaffen, Menschenrechte durchsetzen“ statt. Unter anderem gab es auch eine Kundgebung vor der JVA Büren, die zu einer der größten Abschiebehaftanstalten der Bundesrepublik zählt. Bei dieser Kundgebung wurde ein Redebeitrag von Noel Asanga Fon aus Kamerun verlesen, der sich zu dem Zeitpunkt in der Abschiebehaftanstalt befand. Dieser Beitrag war gleichzeitig der Beginn eines Hungerstreiks, dem sich 60 Inhaftierte anschlossen.

Die Hungerstreikenden fordern die sofortige Schließung aller Abschiebegefängnisse in Deutschland. Die BRD habe sich durch die Unterzeichnung diverser internationaler Verträge, unter anderem der Genfer Flüchtlingskonvention, verpflichtet, Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Diese Verpflichtung werde jedoch durch die deutsche Gesetzgebung ad absurdum geführt, so dass es keine faire Chance mehr für Asylsuchende gäbe. Die Konsequenz könne daher nur der sofortige Stopp aller Abschiebungen und die Schließung aller Abschiebegefängnisse sein.

Noel Asanga Fon ist am 4.9.07 aus der Abschiebehaft freigelassen worden. Nach drei Monaten Abschiebehaft wurde festgestellt, dass die Ausländerbehörde einen Formfehler begannen hat. Warum dieses erst jetzt passierte, nachdem er den Hungerstreik anführte und nicht direkt beim Beginn der Haft, wird wohl nicht mehr geklärt werden können. Neben Noel Asanga Fon sind zwei weitere Gefangene, die maßgeblich an dem Streik beteiligt waren, entlassen worden. Die JVA Büren behauptete gegenüber Medienvertretern, es befänden sich nur 5 Inhaftierte im Hungerstreik. Dieses wird jedoch von den Gefangenen massiv dementiert.

Seitdem der Streik begonnen hat, sind bei jeder Mahlzeit mindestens 60 Essen unberührt zurückgegeben worden. Die Gefangenen vermuten, dass diese Fehlinformation zur Destabilisierung der Hungerstreikenden beitragen soll. Schon in der Vorbereitung des Hungerstreikes wurde der Faxversand, mit denen die Gefangenen die Aktion vorbereiteten, von der JVA teilweise unterbunden und erst Beschwerden ermöglichten den Gefangenen eine freie Kommunikation nach außen. Der Verein ‚Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.‘ unterstützt die Forderungen der Streikenden. Pressesprecher Frank Gockel meint dazu, dass es verwunderlich ist, dass die Menschen angesichts ihrer Verzweiflung bisher solange ruhig gehalten haben. „Das Abschiebesystem der Bundesrepublik ist absolut Menschen verachtend, der sofortige Stopp aller Abschiebungen und die Schließung der Abschiebegefängnisse kann daher nur der richtige Weg sein.“, so Gockel wörtlich.

Der Verein ‚Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.‘ fordert die JVA auf, endlich eine Gefangenenmitverwaltung, die von den Gefangenen zu wählen ist, zuzulassen und den Beirat der JVA in der Form einzusetzen, wie er vom Kreistag in Paderborn gewählt wurde. „Nur so ist sichergestellt, dass auch staatlich unabhängige Stellen eine Kontrolle innerhalb der JVA durchführen können und damit die JVA nicht in der Lage ist, Informationen zu manipulieren“, so Frank Gockel, Vorsitzender des Hilfsvereins. „Eine weitere Möglichkeit wäre eine Untersuchungskommission, die den Vorwürfen der Gefangenen nachgeht.“ Gockel glaubt aber nicht, dass die JVA bereit ist, sich unabhängigen Beobachtern zu stellen. Zuviel würde seiner Meinung nach im Gefängnis schief laufen.

Quelle: caravane-info@lists.idash.org - 5.9.07 ■

Anti-Folter-Ausschuss kritisiert Versäumnisse bei Abschiebungshaft

BRÜSSEL. Der Anti-Folter-Ausschuss (CPT) des Europarates hat Ende Juli seinen Deutschlandbericht veröffentlicht. Einer der Schwerpunkte sind die Haftbedingungen in Abschiebungshaftanstalten und Gewahrsamen. Deutlich wird darin kritisiert, dass frühere Empfehlungen auch nach vielen Jahren z.T. nicht umgesetzt seien. Insbesondere betreffe dies die Rechte von Personen in Polizeigewahrsam und die Haftbedingungen von Abschiebungshäftlingen. So sieht CPT ein besonderes deutsches Versäumnis in einigen Bundesländern, wo es an einer bereichsspezifischen gesetzlichen Regelung für die Abschiebungshaft gänzlich fehle. Daraus resultiere, so der Bericht, dass Abschiebungshäftlinge zum Teil wie Untersuchungs- oder Strafgefangene behandelt würden. Besorgt zeigt sich CPT über die kombinierte Benutzung von Hand- und Fußfesseln. Ständig missachtet trotz früherer Kritik von CPT würden die Rechte der von Freiheitsentzug Betroffenen, insbesondere das Recht auf Kontaktaufnahme mit einem engen Verwandten oder einem sonstigen Dritten. Im Prinzip sei unmittelbar nach der vorläufigen Festnahme das Recht zur Kontaktaufnahme zu gewährleisten. Bezüglich der zum zweiten Mal besichtigten Abschiebungshaftanstalt in Eisenhüttenstadt werden Verbesserungen konstatiert, jedoch kritisiert, dass Fixierungstechniken ohne Einschaltung medizinischen Personals angewandt würden. Gelobt wird die Tatsache, dass das Land Brandenburg und der Anwaltsverein Frankfurt an der Oder eine Vereinbarung über den Aufbau eines Rechtsberatungssystems in Eisenhüttenstadt geschlossen hätten. Jeder Insasse habe nunmehr das Recht auf eine zumindest einmalige kostenfreie Beratung. CPT schlägt ähnliches für andere Einrichtungen in ganz Deutschland vor.

Quelle: JRS-Newsletter – 11.09.07 ■

Airline steigt aus Abschiebungen aus

MÜNCHEN. Abschiebungen in den Irak können vorerst nicht mehr stattfinden. Die Jugendinitiative„Jugendliche Ohne Grenzen“ (J.O.G.) konnte mit Unterstützung des Bayerischen Flüchtlingsrats, der Karawane-München und anderer Organisationen die irakisch-kurdische Airline Zagros-Air zum Ausstieg aus dem Abschiebegeschäft bewegen. „Unsere Firma hat sich entschieden, ab dem 10. September 2007 keine Abschiebungen Depos in den Irak zu akzeptieren“, so Zagros-Air. Damit gibt es keine Airline mehr, die Abschiebungen in den Irak für die Bundespolizei durchführt.

Keiner der jungen Aktivisten hat letzten Montag daran geglaubt, dass dieser Tag solch einen Erfolg bringen würde. Montag um 9 Uhr landen sie am Flughafen Frankfurt Hahn. Gerade haben sie eine europaweiten Konferenz für die Rechte irakischer Flüchtlinge in Schweden hinter sich. Dann soll es zurück nach München. Auf dem Weg vom Flughafen nach München noch ein kurzer Zwischenstopp in Frankfurt. Dort treffen sie den hessischen Flüchtlingsrat (HFR) und die Initiative gegen Abschiebung(IGA). Im Gepäck haben sie eine Kampagne gegen die Abschiebe-Airline „Zagros Air“, die sie zusammen mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat, Karawane-München, BI Asyl Regensburg, Flüchtlingsforum Regensburg und Münchener Flüchtlingsrat vorbereitet haben. Layout und Finanzierung für15.000 Protestpostkarten auf deutsch, kurdisch und arabisch stehen. Kontakte für internationale Proteste sind geknüpft. Eine Faxkampagne liegt in der Schublade. Eine Kundgebung vor der Zagros-Air Geschäftsstelle in Frankfurt wird angemeldet und für den 10. September werden gemeinsame Aktionen am Frankfurter Flughafen geplant. Denn am10. Septembergehen mindestens zwei Abschiebeflüge via Zagros-Air in Richtung Erbil.

Kurz vor der Weiterfahrt nach München dann die spontane Entscheidung, Zagros-Air noch einen Besuch abzustatten. Gesagt, getan: Aktivisten von J.O.G., Hessischem Flüchtlingsrat und Karawane-München besuchen die Geschäftsstelle der Airline in Frankfurt. Zwei J.O.G.-Aktivisten werden schließlich zu Frau Balsam El Fauzan, der Geschäftsführerin, vorgelassen. Von dem Gespräch erwarten wir uns nicht viel. So wird zunächst auch bestritten, dass überhaupt Abschiebungen stattfinden. Dann wird behauptet, dass Zagros gesetzlich dazu verpflichtet sei abzuschieben. Man will die Aktivisten abwimmeln, doch Rebar Hama-Saleh (20) von JOG bleibt stur. „Wir haben mit der vorbereiteten Kampagne und dem Image-Verlust in der irakischen Community gedroht“, so Rebar-Hama Saleh, selber ein Kurde aus dem Irak.„Ich habe gesagt: Sie haben doch Bilder von kurdischen Widerstandskämpfern an der Wand hängen, wir sind doch auf einer Seite“. Plötzlich zeigt auch die Geschäftsführerin persönliche Betroffenheit, erzählt selber von Bekannten, die als Flüchtlinge in Deutschland sind. Nach 45 Minuten kommt das Einlenken: „Wir werden keine Abschiebungen mehr durchführen.“, erklärt Frau Balsam El Fauzan. Sie müsse das jedoch mit der Hauptgeschäftsstelle der Zagros-Group in Erbil abklären.

Der Bayerische Flüchtlingsrat legt am Dienstag nach und setzt Zagros-Air schriftlich eine Frist bis zum 3.9., um öffentlich den Ausstieg aus den Abschiebungen zu erklären, ansonsten würde die Kampagnestattfinden. Die Karawane-München und JOG organisieren Protestanrufe aus ganz Europa bei Zagros-Air in Erbil, die ersten Journalisten fragen bei der Airline an. Der Druck wächst. Dann kommt am Montag den 3.9. ein Fax von Zagros Air: „Laut unserem Gespräch von letzter Woche habe ich, Frau Balsam El Fauzan, mit dem Chef der Linie Zagros Air über die Abschiebungen gesprochen. Unsere Firma hat sich entschieden, ab dem 10.September 2007 keine Abschiebungen Depos in den Irak zu akzeptieren“.(Fax von Zagros-Air, 03.09.2007)

Jetzt wird die Bundespolizei es sehr schwer haben, Abschiebungen durchzuführen, denn aus Deutschlandfliegen kaum Airlines in den Irak. Austrian Airlines haben ihre Flüge eingestellt, nachdem sie beschossen wurden, Zozik-Air, die von München nach Suleymania fliegt, hatte bereits gegenüber J.O.G. erklärt, sich an solchen „Schweinereien“ nicht zu beteiligen. Schließlich bleibt als letzte Möglichkeit, dass die Bundespolizei selbst Abschiebeflüge organisiert.



Plakat einer Demo in Mannheim am 15.9.

Die Kampagne gegen Irak-Abschiebungen (http://irak.antira.info) ist daher noch lange nicht am Ende. 70.000 Irakerinnen in Deutschland sind potenziell von Abschiebungen bedroht, da sie keinen gesicherten Aufenthalt haben. 11.000 Iraker wurde die Abschiebung bereits angekündigt. (vgl. Bundestagsdrucksache 16/2419 und http://irak.antira.info/widerrufsverfahren) Da Abschiebungen jedoch auf absehbare Zeit nicht möglich sind, erhalten viele Iraker den Status der Duldung, mit dem die „Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise“ gefördert werden soll. Was das konkret heißt, erklärt Rebar Hama-Saleh von JOG: „Da die Flüchtlinge nicht abgeschoben werden können, sollen sie durch Arbeitsverbote, Lagerunterbringung, Residenzpflicht und Versorgung mit Sachleistungen soweit zermürbt werden, dass sie freiwillig ausreisen. Wir fordern ein Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge. Diese Politik der Zermürbung und Ab-

schiebung ist nicht nur ein Verstoß gegen internationales Flüchtlingsrecht, sondern zynisch und menschenverachtend. In einer Situation mit 700.000 Binnenflüchtlingen im Irak, 1.5 Millionen Flüchtlingen in Syrien und einer Million in Jordanien, ist es beschämend zu sehen, dass Deutschland nicht einmal den 70.000 Irakern, die es bis hierher geschafft haben, Schutz gewährt."

flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org (5.9.07) ■

Interkulturelle Woche 2007 setzt ein sichtbares Zeichen der Solidarität

Im September 2007 findet bundesweit unter dem Motto „Teilhaben – Teil werden!" die diesjährige Interkulturelle Woche statt. Die Kirchen rufen bundesweit dazu auf. Die Vorsitzende des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses, Gabriele Erpenbeck, erwartet, dass in mehr als 200 Kommunen und Gemeinden rund 3000 Veranstaltungen stattfinden.

Frau Erpenbeck ruft Kirchengemeinden und Kommunen, Verbände und Initiative zur aktiven Beteiligung an der Interkulturen Woche auf. Angesichts der rassistisch motivierten Angriffe und Hetzjagden in verschiedenen Orten und einer viel zu weit verbreiteten ausländerfeindlichen Grundhaltung seien Signale der Solidarität mit Migranten und Flüchtlingen erforderlich. „Die Interkulturelle Woche ist die öffentlich sichtbare Antwort der Zivilgesellschaft auf offenen und versteckten Rassismus." sagt Erpenbeck. „Rassismus hat nur dann ein Chance, wenn er auf eine heimliche oder offene Zustimmung stößt."

Die Anlässe für eine ausländerfeindliche und rassistisch geprägte Handlungen seien austauschbar. Gewalttätige Angriffe seien nur die „Spitze des Eisberges". Nicht nur im Osten Deutschlands gebe es eine subtile Ablehnung von Migranten und Minderheiten. So werde sie auch sichtbar, wenn Moscheen gebaut werden sollen. „Das Grundrecht auf Religionsfreiheit gilt für alle, auch für Muslime; dazu gehört auch der Bau von Moscheen." sagte Erpenbeck. Die Vorsitzende des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche fordert insbesondere die Kirchengemeinden auf, Muslime beim Eintreten für ihre Rechte zu unterstützen. Dabei handelten sie auch im eigenen Interesse. Denn es gelte, sich einer verbreitenden Grundeinstellung entgegen zu treten, dass Religion etwas unzeitgemäßes oder altmodisches sei. Ziel ist das Gelingen der Integration. „Dadurch wird ein gesellschaftliches Klima geschaffen, das rassistischen Haltungen den Resonanzboden entzieht." sagt Erpenbeck.

In ihrem Gemeinsamen Wort zur Interkulturellen Woche betonen der Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, und Metropolit Augoustinos, Griechisch-Orthodoxer Metropolit von Deutschland: „Ein Leben, das der Würde des Menschen in vollem Umfang gerecht wird, gibt es nur in einem gesellschaftlichen Umfeld, das die Freiheit jedes Menschen achtet und sie durch Beteiligung aller fördert."

Quelle: www.interkulturellewoche.de - PM vom 29. August 2007 ■

Tag des Flüchtlings 2007: Flüchtlinge schützen – nicht abschieben!

Der Tag des Flüchtlings mit dem Motto „Flüchtlinge schützen – nicht abschieben!" wird am 28. September 2007 begangen. Er bettet sich in die Interkulturelle Woche ein, die vom 23. bis 29. September 2007 unter dem Motto „Teilhaben – Teil werden" stattfindet. Der Tag des Flüchtlings widmet sich im Schwerpunkt einerseits der Situation von Flüchtlingen an den Außengrenzen Europas und wird andererseits der Ausgestaltung der nationalen Bleiberechtsregelung sowie deren Auswirkungen in den Focus nehmen. Die dazu stattfindenden Veranstaltungen und Aktionen sind in der Regel in den jeweiligen Programmen der Städte zur Interkulturellen Woche enthalten.

„Europa ist ein Asylkontinent und muss es bleiben. Es kann sich seiner Verantwortung gegenüber Menschen, die internationalen Schutz benötigen, nicht entziehen." Diese Mahnung von UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres könnte das Motto des diesjährigen Tages des Flüchtlings am 28. September 2007 sein. Europa als Asylkontinent jedoch ist eher eine historische Reminiszenz. Denn es entzieht sich permanent seiner Verantwortung – und bürdet sie den Staaten im armen Teil der Welt auf. Wo die weitaus meisten Flüchtlinge in dieser Welt leben, da sollen sie auch bleiben, so das inoffizielle Programm der EU unter dem Stichwort „Regionalisierung des Flüchtlingsschutzes". Europa leistet schon längst keinen angemessenen Beitrag mehr zur Aufnahme von Flüchtlingen. In der EU gehen die Asylantragstellerzahlen seit vielen Jahren zurück. Wer es schafft, den europäischen Limes zu überwinden, der verzichtet oft auf die geringen Chancen, die ihm engherzige und unfaire Asylsysteme in vielen europäischen Staaten bieten. Es wächst stattdessen die Zahl derer, die einen Weg des Überlebens ohne Papiere in Europa suchen.

Europa spricht lieber von Migration, auch dann, wenn von Flüchtlingen die Rede ist. Migranten sind die, die man sich aussuchen will, nach dem Kriterium der Nützlichkeit. Bundesinnenminister haben nie verhehlt, dass die Abschottung Europas gegen die Verfolgten und die Hungerleider Platz schaffen soll für die ökonomisch erwünschte Einwanderung. Die Wirtschaftsgemeinschaft EU dominiert die Wertegemeinschaft. Politiker haben das gesellschaftliche Verständnis für die Notwendigkeit des Flüchtlingsschutzes systematisch unterminiert. Dennoch treffen sie beim Versuch, die Opfer ihrer restriktiven Asylsysteme abzuschieben, in den meisten EU-Staaten auf Widerstand.

Humanitäre Regelungen, die Legalisierung von Menschen ohne Papiere in Südeuropa oder die aktuelle Bleiberechtsregelung in Deutschland sind das Ergebnis zivilgesellschaftlichen Engagements. Aus Flüchtlingsschutz ist aber zunehmend der Kampf um den bloßen Abschiebungsschutz geworden. Viele der in Deutschland lediglich mit einer Duldung Lebenden sind zuvor durch die Maschen eines kaum noch vorhandenen Systems des Flüchtlingsschutzes gefallen. Diesen Zusammenhang hat der Menschenrechtskommissar des Europarates in seinem Deutschlandbericht vor Kurzem betont.

Nicht abschieben! ist also das Eine, das Insistieren auf dem Flüchtlingsschutz das Andere.

Ausländerrecht ist hierzulande nach wie vor Gefahrenabwehrrecht. So haben denn auch die aktuellen Änderungen des Zuwanderungsrechts, mit dem europäische Richtlinien umgesetzt werden sollen, den Flüchtlingsschutz nicht vorwärts gebracht, wohl aber einen erneuten Wettbewerb der Restriktionen ausgelöst. Ein Land, in dem eine Ausländerbehörde ihren Funktionsbereich auf dem Briefkopf mit „Ausländerrecht und allgemeine Gefahrenabwehr" angibt – und damit nicht einmal falsch liegt – muss sich nicht wundern, dass Deutschland selbst für die viel beschworenen hoch qualifizierten Zuwanderer kaum attraktiv ist.

Das Pendant zur ausländerrechtlichen Einigelung im Inland ist die militarisierte Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen. Sie setzt darauf, dass auch die Gutwilligen angesichts der sich wiederholenden Bilder der Ertrunkenen abstumpfen. Das Kalkül: Wenn es gelingt, Flüchtlinge fernab von Europa zu stoppen, dann wird sich hierzulande kaum noch jemand für ihr Schicksal interessieren.

Dieser Absicht müssen die Unterstützerinnen und Unterstützer von Flüchtlingen entgegenwirken. Europa muss wieder ein Kontinent des Asyls werden, das ist eine der Botschaften des diesjährigen Tages des Flüchtlings.

Kommentar von Günther Burkhardt Geschäftsführer von Pro Asyl Quelle: „Forum Migration September 2007" ■

Wettbewerb „Die Gelbe Hand" für Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe

Auch in diesem Jahr schreibt der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!", der seit über zwanzig Jahren gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit aktiv ist, wieder den Wettbewerb „Die Gelbe Hand" aus.

Der Wettbewerb richtet sich an Berufsschulen und andere in der beruflichen Bildung tätige Einrichtungen sowie an Ausbildungsbetriebe und Verwaltungen. Eingereicht werden können Beiträge zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus; es sind aber auch interkulturelle und interreligiöse Themen willkommen. Die Beiträge werden ins Internet gestellt und sollen andere dazu motivieren, selbst aktiv zu werden. Zu gewinnen gibt es Geld- und Sachpreise im Wert von bis zu 1000,- Euro.

Die letztjährigen Wettbewerbsbeiträge können auf der Internetseite www.gelbehand.de eingesehen werden. Es können beispielsweise auch Unterrichtseinheiten, die in diesem Jahr durchgeführt wurden, aber auch Projekte und andere Aktivitäten eingereicht werden.

Weitere Informationen über: „Mach meinen Kumpel nicht an!" e.V. Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Tel. 0211 - 4301 193 , Fax: 0211 - 4301 134, killguss@gelbehand.de www.gelbehand.de

LOTTA #28 zu „Frauen in der extremen Rechten" ist erschienen

Vor wenigen Tagen ist die Ausgabe #28 der LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW (www.free.de/lotta) erschienen. Als Schwerpunktthema wird dieses Mal „Frauen in der extremen Rechten" behandelt.

Lange Zeit wurden extrem rechte Frauen nicht als eigenständige Akteurinnen wahrgenommen. Neofaschismus galt als ein Männerproblem. Ein verengter Blick auf das Gewaltphänomen im Neofaschismus bestärkte diese Sichtweise.



Eine solche Sicht auf rechte Frauen änderte sich Anfang der 90er Jahre.

Damals machten BeobachterInnen der rechten Szene, oftmals feministische Antifa-Gruppen, darauf aufmerksam, dass sich immer mehr Frauen in der extremen Rechten bewegten. Zwischenzeitlich gibt es eine Reihe von wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Thema, und auch die Medien haben sich des Themas intensiver angenommen, wenn auch häufig sehr oberflächlich, sensationslüstern und moralisierend.

Mit dem LOTTA-Schwerpunkt soll versucht werden, einen Überblick über das Thema „Rechte Frauen" zu geben, historisch mit Bezug auf den NS, aktuell mit Schwerpunkt auf die neonazistischen Organisationen, Szenen und Aktivistinnen, durch eine Darstellung des Wissenschaftsstandes zu Einstellungsmustern rechter Frauen sowie einem Interview über Rollen, Selbstbilder und Fremdzuschreibungen von Frauen in der extremen Rechten.

Einige weitere Themen: Interview mit Hannes Heer ● White Man's Burden: Rassistische Töne aus neoliberalen Elitezirkeln ● Omnipotenzfantasien: Neonazi Steffen Pohl unter der Lupe ● RechtsRock in NRW: Ein Update, Teil 1 ● „Eigen volk eerst": Der extrem rechte Vlaams Belang in Belgien ● Kein Rassismus? Die Anthroposophie ● „Einzelkämpfer der Erinnerung"? Eine kurze Entstehungsgeschichte der NS-Gedenkstätten in NRW und vieles mehr.

Infos zum Bezug der LOTTA sind unserer Homepage www.free.de/lotta unter der Rubrik „Abo" zu entnehmen.

2. Sozialforum in Deutschland vom 18. bis zum 21. Oktober in Cottbus

In enger Zusammenarbeit mit verschiedensten zivilgesellschaftlichen Gruppen, mit Attac und der Friedensbewegung, mit großen DGB-Gewerkschaften und den regionalen Gewerkschaftsorganisationen hat die Initiative Sozialforum alle organisatorischen Voraussetzungen für ein erfolgreiches 2. Sozialforum geschaffen. Mit der Stadtverwaltung von Cottbus gibt es eine enge Kooperation. Die zentral gelegenen Veranstaltungsorte bieten die Gewähr, dass die Bevölkerung der Stadt und der Umgebung an den zahlreichen Veranstaltungen teilnehmen kann. Die geografische Nähe zu Polen und Tschechien schafft die Voraussetzungen für eine umfängliche Teilnahme aus diesen Nachbarländern.

Auch die Gestaltung des Programms ist weit gediehen. Es ist jetzt Zeit, die selbstorganisierten Seminare und Workshops anzumelden, um eine reibungslose und rechtzeitige Organisation des Gesamtprogramms zu gewährleisten. Wir bitten alle Interessierten Gruppen und Initiativen, ihre Veranstaltungswünsche so bald wie möglich über www.sozialforum2007.de und dort über den Punkt „Anmelden" zu registrieren.

Auf dieser website stehen auch alle wichtigen Informationen und Teilnahmebedingungen zur Verfügung. In regelmäßigen Pressemitteilungen und Protokollveröffentlichungen wird dort über den Fortgang der Vorbereitungen informiert. Weitere Anfragen bitte an info@sozialforum2007.de

Spenden für das zweite Sozialforum in Deutschland werden dringend erbeten : Konto der Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Kt.Nr. 200081292 bei der Frankfurter Sparkasse, (BLZ 500 502 01) Stichwort: SFiD2007

Für die Initiative Sozialforum
Willi van Ooyen ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Schlageter zu Ehren

INGELHEIM/MAINZ. Als Leser der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Frey entpuppt sich der Landesvorsitzende des „Verband Deutscher Soldaten“ (VdS) in Rheinland-Pfalz.

Als „schändlich“ bezeichnet Dr. Nikolaus Ruppenthal in einem Leserbrief in dem Rechtsaußen-Blatt 31-2007 einen Einstellungsbeschluss des Amtsgerichts Landsberg im Prozess gegen den antifaschistischen Künstler Wolfram Kastner. Der hatte 2006 dort eine Granitstele für den 1923 als Führer eines Sabotage-Trupps von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilten Albert Leo Schlageter umgekippt. Die Entscheidung des Gerichts, so Ruppenthal, zeige „wieder einmal, wohin es mit Deutschland gekommen“ sei. Die Überführung des Leichnams des Freikorps-Mannes Albert-Leo Schlageter nach Schönau im Schwarzwald sei 1923 ein „Triumphzug mit gefeierten Zwischenhalten auf den großen Bahnhöfen“ gewesen. Ruppenthal wurde 2006 auch zum 1. Vorsitzenden des VdS-Kreisverbandes in Mainz gewählt. Der VdS-Funktionär war in der Vergangenheit auch Unterzeichner des „Junge Freiheit“-Appells „für die Pressefreiheit“ und des Aufrufs „Gegen das Vergessen“ des „Institut für Staatspolitik“. *hma* ■

DVU bereitet Wahlkampf in Hamburg vor

Nationalzeitung 37-2007
vom 7. Sept. 2007

„Mit einem aus bewährten Aktivisten bestehenden Führungsgremium“ gehe die DVU an den Start bei den anstehenden Parlamentswahlen am 24. Februar 2008 in Hamburg, berichtet das Blatt über den Landesparteitag vom 2. September. Wie immer will man „ein Signal für Deutschland“ setzen. Wie immer redete der Parteivorsitzende. „Noch ist Deutschland nicht verloren“, rief er den Versammlungsteilnehmern zu und gemeinsam sang man auch alle drei Strophen des Deutschlandliedes. Die Versatzstücke dieser Art von Versammlungen scheinen immer die gleichen zu sein, garniert mit einigen Funktionären vor Ort.



Diesmal unterstrichen Peter Balnat, Vorstandsmitglied der Bremerhavener DVU, und Rudolf Bargmann, Abgeordneter in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung, „die Rolle der DVU als rechte Volksoppositon“ und kündigten „kraftvolle Unterstützung für den Hamburger Wahlkampf“ an.

In einem längeren Artikel befasst sich das Blatt mit der Frage „Kann man die NPD verbieten?“, ohne eine Antwort zu geben. Angebliche oder tatsächliche rechte Ausschreitungen könne man nicht der NPD anlasten, findet der ungenannte Autor und schon in den 50iger Jahren sei es der DDR-Geheimdienst gewesen, der Hakenkreuzschmierereien initiiert hätten, um eine rechte Bedrohung herbeizufantasieren. Rassismus finde man „in jedem Land eher als in Deutschland.

Es sei unanständig, mit eingeschleusten V-Leuten eine gegnerische Partei zu infiltrieren, heißt es schlapp. Es gäbe in Deutschland „keinen wahrhaften Patrioten“, der den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat außer Kraft setzen wolle. Eine wirkliche Verteidigung des Deutschlandpaktpartners NPD enthalten die Zeilen nicht. *u.b.* ■

„Junge Freiheit“ gewinnt nach Deuse-Interview Probe-Abos in Mügeln

Nach der Kritik an Mügelns Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) wegen dessen Interview mit der umstrittenen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hat das Blatt nach eigenen Angaben mehrere Dutzend Probekunden in der 5000-Einwohner-Stadt gewonnen. Zuvor habe der Verlag dort keinen einzigen Abonnenten gehabt, jetzt seien bereits rund 50 Bestellungen für Probe-Abos eingegangen, sagte ein Sprecher des Verlages am Freitag in Berlin auf ddp-Anfrage. Der Verlag hatte rund 550 Gratis-Exemplare der Zeitung in Mügeln verteilen lassen.

Die Staatsanwaltschaft Leipzig leitete wegen der Gewaltexzesse gegen acht Inder vor knapp zwei Wochen inzwischen Ermittlungen gegen zwölf Männer im Alter zwischen 17 und 35 Jahren aus Mügeln und Umgebung ein. Ihnen werden Landfriedensbruch, Volksverhetzung und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Quelle: ddp/lmh/ple 311240 Aug 07 ■

Comeback von Küssel?

ÖSTERREICH. Nach seiner Haftentlassung 1999 hielt sich Gottfried Küssel, der Gründer und Anführer der neonazistischen Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO), eine Zeit lang bedeckt. Bis auf Besuche bei Gräbern von NS-„Helden“ (z. B. Walter Nowotny am Wiener Zentralfriedhof oder Otto Skorzeny am Döblinger Friedhof), Teilnahmen an „Heldengedenken“ zum 8. Mai und burschenschaftlichen Feierstunden zeigte er sich kaum öffentlich. Zuletzt war Küssel jedoch des Öfteren im Umfeld der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) und des Bundes freier Jugend (BFJ) anzutreffen.

Nun soll er laut Berichten deutscher Neonazis am 8. September beim „Fest der Völker“ in Jena eine Rede gehalten haben, in der er der „mörderischen Irrlehre des Liberalkapitalismus eine deutliche Absage [erteilte]“. Vor ihm trat ein weiterer „Ostmärker“ aus dem BFJ-Umfeld auf: Karsten Thomas (Pseudonym) behauptete, dass „es zwischen Österreichern und Deutschen keine Grenzen gibt, sondern vielmehr ein Bruderband“. Diese Erkenntnis könnten „auch Verbotsgesetze [...] nicht unterdrücken“.

Mehr als 1500 Neonazis aus fast ganz Europa waren der Einladung der NPD nach Jena gefolgt. Dieses völkische „Fest“ im Dienste der Ausbildung einer länderübergreifenden Neonaziszene war wie im vergangenen Jahr geprägt von den üblichen Brandreden und von rassistischen Hassgesängen von Skinbands wie Brutal Attack oder Sleipnir.

www.doew.at ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507